

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nummer 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 36/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,66. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a 6 Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierteljährliche Beizzeitung oder deren Raum 16 Pfennige, für die Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 277

Donnerstag, den 26. November 1896.

3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, 21. November.

131. Sitzung.

Präsident v. Bülow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes Niederding, Stummigare.

Die Beratung der Justiznovelle wird fortgesetzt bei § 152 welcher von der Erweiterung des Privatklageverfahrens handelt, insofern er den Staatsanwaltschaften die Befugniß ertheilt, in Fällen des Hansfriedensbruchs und der Körperverletzung die Erhebung der öffentlichen Klage abzulehnen.

Ein Antrag von Buchta-Himburg (N.) will diese Befugniß aufgehoben wissen.

Stadthagen (SD.): Ich bin in der letzten Lage, einmal einen Antrag der Rechte zuzustimmen, nicht daß ich die gestern vom konservativen Medner angeführten Gründe zu eigen machen könnte. Aber ich kann dem Staatsanwalt nicht die Befugniß einräumen, nach seinem Ermessen zu entscheiden. Die minder wohlhabenden Klassen würden dadurch sehr benachtheiligt werden. Den Kommissionsbeschluß annehmen, hieße die Staatsanwaltschaft zu einem Verwaltungsamt machen und der Willkür Thür und Thor öffnen. Die Allmacht der Staatsanwaltschaft darf nicht vergrößert werden. Meiner Ansicht nach sind zwei Fälle gegenüber, in denen es sich um einen Arbeiter und einen wohlhabenden Mann als Antragsteller handelt. In dem ersten Fall wurde die öffentliche Klage abgelehnt, im zweiten erhoben. Ueber das minima non curat praetor bestehen bei der Staatsanwaltschaft sehr verschiedene Ansichten. Wenn es sich um einen Fall handelt, der den Staatsanwalt nur irgendwie in seiner Interessensphäre nahe steht, so erhebt er jetzt schon Klage, in Fällen, die die besthohlenen Arbeiter angehen, nicht. Und dieses Recht solle nun noch erweitert werden? Das kann man Niemandem zumuthen, der für Gerechtigkeit noch einigen Sinn sich bewahrt hat. Selbst in Fällen, wo auf Gerechtigkeit erkannt werden darf, soll die Staatsanwaltschaft nach freiem Ermessen Klage erheben dürfen oder nicht. Viel richtiger wäre es, die Staatsanwaltschaft überhaupt abzuschaffen und eine Art allgemeiner Volkstage einzuführen. Es handelt sich in den Fällen des Kommissionsantrages um die Ehre der Befugten, um Güter, die viel leichter verlegt werden können, als die Ehre des Wohlhabenden. Vielleicht ist freilich die Staatsanwaltschaft der Ansicht, die Ehre des Mittellosen könne darum nicht so leicht getrübt werden, weil sie höher steht als bei anderen Leuten. Denken Sie an den Fall des inzwischen, wie ich annehme, in Unzurechnungsfähigkeit verstorbenen Staatsanwaltes Lorenz in Esfurt, und die Verfolgungen und groben Verleumdungen, denen unsere Partei-Redakteure durch ihn unter Mißbrauch seiner Amtsgewalt ausgesetzt waren. Sie müßten an Gerichtsstelle hören, daß das Gesetz dem Gericht kein Recht gebe, Anschuldigungen des Staatsanwaltes gegenüber irgend etwas zu thun. Ein öffentliches Verfahren gegen den Staatsanwalt war unmöglich, nur im Wege der Privatklage war ein Vorgehen möglich. Als aber der Staatsanwalt zu einer Geldstrafe verurtheilt war, klagte er jetzt gegen denselben Redakteur wegen Verleumdung der Staatsanwaltschaft, und da war öffentliche Klage möglich, und kamen öffentliche Interessen ins Spiel. Jahraus jahrein wird die Nummer des „Vorwärts“ vom 18. März unberedigt Weise konfisziert, erst nach Monaten freigegeben, und wenn dieses Verfahren etwas abschließend besprochen wird, erhebt die Staatsanwaltschaft Klage, weil sie gar nicht Schuld an der Unmisset trage, sondern die Polizei. Der Redakteur erhält aber selbstverständlich Gefängniß, denn er ist ja Sozialdemokrat. Wir kennen Duzende von solchen Fällen und da soll das Ermessen der Staatsanwaltschaft noch erweitert werden! Auch der Hansfriedens des Mittellosen, die Güter seiner Ehre müssen geschützt werden. Ich bitte dringend, gemäß dem Antrage Buchta den Antrag der Kommission abzulehnen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Gehemrath Lukas hält es für ganz ausgeschlossen, daß eine Staatsanwaltschaft die Erhebung der Klage ablehnen könnte, wenn irgend eine bedenkliche Straftat vorliege. Der Kommissionsbeschluß habe nur die wirklich ganz leichten Fälle im Auge. Die Staatsanwaltschaft verfährt nicht, wie der Vorredner behauptet hat, nach Willkür, sondern nach Recht und Billigkeit; lehnt sie die Einleitung des Verfahrens ab, so sehe dem Betreffenden der Beschwerdebeweg offen, und nütze auch dies nichts, so soll ihm jetzt die Möglichkeit geboten werden, sein Recht im Wege der Privatklage zu verfolgen.

Salisch (kons.) unterstützt den Antrag Buchta.

Galkingen (Npt.) bedauert, daß die Privatklage in diesem Gesetzentwurf ausgedehnt werde. Die Privatklage erschwere den Rechtsweg.

Staatssekretär Niederding: Der vorliegende Paragraph gehört gewiß nicht zu denen, von denen die Annahme oder Nichtannahme des Gesetzes abhängt. Die Privatklage sei eine nicht zu unterschätzende Fortbildung des Strafprozessrechtes. Wenn man den Uebereifer des Staatsanwaltes als ein Uebel empfinde, so müsse hierfür nicht die Person des Staatsanwaltes, sondern das bestehende Recht verantwortlich gemacht werden. Der Vorschlag der Kommission suche diesem Uebelstande abzuhelfen.

Broekmann (Ctr.) empfiehlt die Vorschläge der Kommission. An der weiteren Debatte betheiligten sich Wieschel (Nt.), Gehemrath Lukas, Abg. Stadthagen und Salisch.

Der Antrag Buchta wird abgelehnt und die Kommissionsfassung angenommen.

Hierauf wird der bisher zurückgestellte Paragraph 127 des Gerichtsverfassungsgesetzes, der von der Zuständigkeit der Schöffengerichte handelt, in der Kommissionsfassung angenommen.

Alsdann wird in der Beratung der Strafprozessordnung bei § 156 fortgefahren. Derselbe wird angenommen und § 176, der die Voruntersuchung in Strafsachen behandelt, wird in der Kom-

mmissionsfassung angenommen, desgleichen eine Reihe weiterer Paragraphen.

§ 211, der die sofortige Aburtheilung der auf freier That Betroffenen behandelt, wird mit einem Antrage Schmidt-Warburg (Z.) angenommen, wonach die Mittheilung der Anklageschrift an den Angeklagten bei Ansetzung eines neuen Termines spätestens zwei Tage vor diesem erfolgen muß.

In § 239 beantragt v. Strombeck (Z.), der Vorstehende habe den beschworenen Schöffen und Richtern, sowie den Geschworenen zu gestatten, Fragen an die Zeugen, Sachverständigen und den Angeklagten zu stellen.

Gehemrath v. Lenthe widerspricht dem Vortrage, welcher unzulässig sei.

Der Antrag Strombeck wird hierauf abgelehnt. Darauf vertagt sich das Haus auf morgen 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 5,20.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bei der Reichstagswahl in Gießen erhalten nach dem amtlich festgestellten Ergebnis von 15 988 abgegebenen gültigen Stimmen der Landwirth Köbber-Langsdorf (Deutsche Reformpartei) 9733 Stimmen und der Redakteur Scheidemann-Gießen (Sozialdemokrat) 5255 Stimmen.

Dem Reichstage ist der Handels-, Freundschafts- und Schiffsfahrtsvertrag mit Nicaragua zugegangen. Der Vertrag ist ein Meistbegünstigungsvertrag.

Der Delegiertentag der konservativen Partei hat am Donnerstag Resolutionen angenommen, wonach der Kampf gegen die Sozialdemokratie als eine Hauptaufgabe der Parteien und der Regierung erachtet wird. Man ist es aus, die Sozialdemokratie kann sich ergeben lassen! Es wird deshalb vor Parteizersplitterung gewarnt und für unzulässig erklärt, daß ein Mitglied der konservativen Partei gleichzeitig einer anderen politischen Partei angehören dürfe. (Wie steht's da mit dem Bunde der Landwirthe?) Die konservative Partei steht nach wie vor auf dem Boden der kaiserlichen Verfassung von 1881 und wünscht deshalb die planvolle Weiterführung der Sozialreformen, die gleichmäßig auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie auf alle produktiven Stände sich erstrecken sollen.

Natürlich hat der Delegiertentag Bismarck telegraphisch gehuldigt, und der Alte hat sich pünktlich dafür bedankt.

„Des Zuckersyndikats als eingetragene Genossenschaft mit einem ausreichenden Kapital ist gesichert“, — so schreibt die „Post“, die in dieser Sache sehr gut unterrichtet ist. Das heißt mit anderen Worten: „Die Zuckervertheuerung kommt sicher“!

Die erwarteten Ausnahmebestimmungen bezüglich des Detailreisens sind erschienen. Befreit von dem Verbot sind nur der Weinhandel, der Handel mit Erzeugnissen der Leinen- und Wäschefabrikation und der Handel mit Nähmaschinen. Die Kaufleute aller andern Zweige müssen also in Zukunft für jeden Detailreisenden einen Wandergewerbescchein haben, der — abgesehen von Elsaß-Lothringen — vorläufig wenigstens steuerfrei ausgestellt werden wird. Der Wandergewerbescchein ist bekanntlich nicht erforderlich, wenn eine ausdrückliche Aufforderung zum Besuch vorliegt.

Eine umfangreiche Novelle zum Unfallversicherungsgesetz ist im Bundesrath fertiggestellt und wird in den nächsten Tagen an die Abgeordneten vertheilt werden. Wir werden den Inhalt der Novelle mittheilen, sobald er publiziert ist. Aufgabe der Arbeiterorganisationen, der Gewerkschaften, sowie der Krankenkassen ist es, unverzüglich alles Material, was auf diesen Gegenstand Bezug hat, zu sammeln und den Abgeordneten unserer Fraktion zur Verfügung zu stellen. Nur dann, wenn alle Mißstände zur Kenntniß des Reichstages kommen, ist es möglich, die Mängel des Gesetzes zu beseitigen. Man warte mit der Abendung des Materials nicht bis zur letzten Stunde, da sonst leicht soviel in einigen Tagen zusammenströmt, daß das Wichtigste nicht mehr verarbeitet werden kann. Das, was die Unternehmer an dem Gesetz geändert haben wollen, werden die Vorstände der Berufsgenossenschaften schon schnell zusammenbringen. Die Arbeiterorganisationen dürfen nicht hinter den Unternehmerverbänden zurückbleiben, deshalb muß schnell Material gesammelt werden.

Die „Hamburger Nachrichten“ kommen vielleicht mit ihren Bismarck Enthüllungen doch noch vor den Staatsanwalt. Das formell vom Reichskanzler gegen die „Frankfurter Zeitung“ eingeleitete Verfahren wegen Zeugniskompromittirung, durch das der Verfasser eines Artikels über den Militärrelat 1897/98 ermittelt werden soll, der drei Tage, ehe der Etat dem Reichstage zuging, einige Zahlen brachte, wird die „Frankfurter Zeitung“ zu einem Schritt der Gegenwehr veranlassen. Die „Frankfurter Zeitung“ beabsichtigt die „Hamburger Nachrichten“ wegen Vertraths von Staatsgeheimnissen, der durch den Reichskanzler konstatiert worden sei, beim Staatsanwalt zu denunciren. Sollte die Denunziation erfolgen, so würde der Staatsanwaltschaft allerdings nichts weiter übrig bleiben, als eine „penale“ Untersuchung einzuleiten gegen das Bismarckblatt.

Der Schwärmergeist und christlich-soziale Pfarrer Julius Werner in Bekendorf ist vom Oberkirchenrath gemahnt worden. Pastor Werner hat sich der jüngeren christlich-sozialen (Naumann'schen) Richtung angeschlossen. Der politischen Thätigkeit Südkers hat der Oberkirchenrath noch nichts in den Weg gelegt, obgleich gerade auf ihn das bekannte Wort des Krüfers gemünzt war: „Christlich-sozial ist Unfinn“.

Die Untersuchung in Sachen des Uteroffiziers vom Leibkürassier-Regiment in Kleinburg, dem ein Schüler beim Schwimmanterricht entran, ist, wie die „B. N. N.“ erfahren, noch nicht beendet; es finden noch Vorhören in derselben statt, somit wird die Angabe der „Volksrecht“ von dem gescheiterten Urtheilsp. auch hinfällig.

Eine fesselbare Praxis ist bei den Landtagswahlen in Lippe-Deimold beliebt worden. Nach der „Lippischen Landes-Zeitung“ sind in Schlangen sämtliche Alters- und Invaliditätsrenten-Empfänger nicht in der Wählerliste angeführt gewesen! Diese Verwaltungsmaßregel steht im ausgesprochenen Gegensatz zu dem Geiste der Arbeiter-Versicherungsgesetze, deren Leistungen nicht als Armanterstützung zu betrachten sind.

Versammlung der Bürgerschaft.

Montag den 23. November.

(Schluß.)

Der Vorsitzende theilte mit, daß ihm eine an die Bürgerschaft gerichtete, auch sämtlichen Bürgerschaftsmitgliedern im Druck zugestellte Eingabe des Lübecker Lehrer-Vereins, betreffend eine Reform des Lübecker Volksschulwesens, eingereicht sei, in welcher der Lübecker Lehrer-Verein die Bitte, ersucht um eine Prüfung der in der Eingabe vorgetragenen Wünsche ersuche, in der Hoffnung, daß eine solche Prüfung dazu führen werde, beim Senate zu beantragen:

1. Die an Staatschulen wirkenden Hülflehrer sind nach bestandenem 2. Examen fest anzustellen,
2. die Gehaltsklassen sind aufzuheben und
3. die Bezirksschullehrer sind den städtischen Lehrern gleichzustellen.

H. M. Franz Sartori beantragte, die Bürgerschaft wolle die Eingabe zur näheren Ermägung an den Bürgerausschuß vorweisen.

Die Bürgerschaft erklärte sich diesem Antrage zustimmig. Wieder aufgenommen wurde alsdann die Beratung über den in der Versammlung der Bürgerschaft vom 15. Juni d. Js. zur Vorprüfung an eine Kommission verwiesenen Antrag des Senates (vergl. Protokoll der Bürgerschaft 1896 Nr. 8, V. 5):

1. daß dem Verein der Musikfreunde zu Lübeck zu den von ihm verfolgten Zwecken, insbesondere zur Anstellung eines Kapellmeisters, zur Bildung eines Orchesters, sowie zur Veranstaltung regelmäßiger Musikaufführungen, für die fünf Rechnungsjahre 1896/97 bis 1900/01 eine jährliche Beihilfe von Mk. 15,000,—, zahlbar im Voraus in sechs Monatsraten vom 15. September bis zum 15. Februar jeden Rechnungsjahres, aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung gestellt werde, unter der Bedingung, daß vor Auszahlung der ersten Monatsrate dem Senate nachgewiesen werde, es seien von Privaten und Gesellschaften mindestens Mk. 8500 jährliche Beiträge auf fünf Jahre zu gleichem Zwecke gezeichnet, sowie daß der Verein der Musikfreunde dem Senate alljährlich eine genaue Abrechnung über das verfloßene Rechnungsjahr mit einem erläuternden Berichte einreicht;
2. daß die Beihilfe von 15 000 Mk. vorbehaltlich einer etwa erforderlich werdenden Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer, für das Rechnungsjahr 1896/97 auf die zu erwartenden Verwaltungsüberschüsse der Kasse der städtischen Gemeindeanstalten angewiesen, für die folgenden Jahre aber in den Voranschlag mit aufgenommen werde.

In dem mündliche unterm 26. Oktober d. Js. von der Kommission erstatteten Berichte empfiehlt die Mehrheit derselben (Hempel, Fenne, Mühsam und Dr. Müller):

die Bürgerschaft wolle die Vorlage des Senates ablehnen.

Dagegen beantragt die Minderheit (Dr. Benda, Boldemann und Pett):

die Bürgerschaft wolle die Senatsvorlage in folgender abgeänderter Gestalt annehmen:

1. daß dem Verein der Musikfreunde zu Lübeck zu den

von ihm verfolgten Zwecken, insbesondere zur Aufstellung eines Kapellmeisters, zur Bildung eines Orchesters, sowie zur Veranstaltung regelmäßiger Musikaufführungen für die vier Rechnungsjahre 1897/98 bis 1900/1 eine jährliche Beihilfe von 15 000 Mk., zahlbar im Voraus in sechs Monatsraten vom 15. September bis 15. Februar jeden Rechnungsjahres aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung gestellt werde, unter der Bedingung, daß vor Auszahlung der ersten Monatsrate dem Senate nachgewiesen wird, es seien von Privaten oder Gesellschaften mindestens 10 000 Mk. jährliche Beiträge auf vier Jahre zu gleichem Zwecke gezeichnet, sowie daß der Verein der Musikfreunde dem Senate alljährlich eine genaue Abrechnung über das verlossene Rechnungsjahr mit einem erläuternden Bericht einreicht;

2. daß die Beihilfe von 15 000 Mk. jährlich in den Voranschlag der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten aufgenommen werde.

Der Vorsitzende theilte mit, daß die bisherige Minderheit der Kommission ihren obigen Antrag zurückgezogen habe, dagegen Seitens der Kommissionsmitglieder Dr. Wenda, Volkmann, Jenne und Petz, als der nunmehrigen Mehrheit der Kommission, beantragt werde:

1. daß dem Verein der Musikfreunde zu Lübeck zu den von ihm verfolgten Zwecken, insbesondere zur Aufstellung eines Kapellmeisters, zur Bildung eines Orchesters, sowie zur Veranstaltung regelmäßiger Musikaufführungen für die vier Rechnungsjahre 1897/98 bis 1900/1 eine jährliche Beihilfe von 13 000 Mk., zahlbar im Voraus in sechs Monatsraten vom 15. September bis zum 15. Februar jeden Rechnungsjahres aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung gestellt werde, unter der Bedingung, daß vor Auszahlung der ersten Monatsrate dem Senate nachgewiesen wird, es seien von Privaten oder Gesellschaften mindestens 10 500 Mk. jährliche Beiträge auf vier Jahre zu gleichem Zwecke gezeichnet, sowie daß der Verein der Musikfreunde dem Senate alljährlich eine genaue Abrechnung über das verlossene Rechnungsjahr mit einem erläuternden Berichte einreicht;

2. daß die Beihilfe von 13 000 Mk. jährlich in den Voranschlag der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten aufgenommen werde.

Der Vorsitzende übergab sodann seinem ersten Stellvertreter den Vorschlag, um an der Beratung theilzunehmen.

H. M. Jenne: Als im Juni die Bürgererschaft fast einstimmig beschloß, die Senatsvorlage an eine Kommission zu verweisen, da waren jedenfalls die Gründe für die Zustimmung sehr verschieden. Die einen hofften, daß es sich in der Kommission zeigen würde, daß die Vorlage nicht durchzuführen sei, ein anderer Theil der Bürgererschaft glaubte zu einem alle Theile befriedigenden Resultate zu kommen. Es zeigte sich auch, daß die Meinungen der Kommission weit auseinander gingen, aber wir gingen mit frischem Muth an die Arbeit. Ich kann nicht unerwähnt lassen, daß verschiedene Sachverständige uns ihre Meinungen vorlegten; ob diese Herren ihre Bürgerpflicht nicht verletzt haben, überlasse ich Ihrem Urtheil. Da ein gedruckter Bericht über den Verlauf der Verhandlungen der Kommission vorliegt, verzichte ich auf weitere Ausführungen und glaube, daß dieses andere Herren besorgen werden. Weiter theilte ich Ihnen mit, wie ich auf die Zahl 13 500 gekommen bin. — Am Schlusse der Beratung stellte ich den Antrag, um ein Resultat zu erzielen. Man sollte dahin streben, daß der Staat und der Verein gleich viel zahle. Es handelt sich um 15 000 Mk. für den Staat und 8 000 Mk. für Private. Im Verlauf der Verhandlungen kam man dahin, 13 000 und 10 500 Mk. vorzuschlagen. Ich blieb mit meinem Antrag in der Kommission stehen, erst jetzt haben sich 3 Herren angeschlossen und es ist unzweifelhaft richtig, daß das Mandat der Kommission erst dann erfüllt, wenn sie ihren Antrag mündlich vorlegt. Jetzt ist jetzt ein Majoritätsantrag. Zur Empfehlung vorschlage ich mir, hier viel anzuführen. Es handelt sich nach dem Senatsantrage um Beihilfe von 75 000 Mk. Jetzt aber um 4 mal 13 000 = 52 000 Mk. Es wäre dadurch dem Staate 23 000 Mk. erspart, das ist keine geringe Summe. Für die schon früher erwähnten Gründe für und gegen die Vorlage will ich nicht eingehen. Beweierlei möchte ich aber noch erwähnen, erstens verweise ich Sie auf die Subvention für den zoologischen Garten, welche die Bürgererschaft fast einstimmig bewilligt hat. Sie hat damit bewiesen, daß es die moralische Pflicht des Staates ist, zu unterstützen. Ich glaube, dasselbe kann in Bezug auf die Musikvorlage gelten und 2) ist der Begründung einer Baugewerkschaft zugestimmt worden, welche einen jährlichen bedeutenden Zuschuß erfordert. Wenn viele Gründe dafür und einige dagegen sprechen, so glaube ich die Gründe für Bewilligung auf 4 Jahre wegen schwerer Es ist dies eine Gesichtssache und Jeder muß es mit sich selbst abwägen.

H. M. Hempel trägt, obwohl er der Kommission angehört hat, seine Gründe vor. Die Gründe, daß der Verein lebensfähig ist, sind nicht durchschlagend. Alle Positionen sind zu knapp berechnet und wenn der Staat zum zweiten Male eintreten soll, werden aus den 13 000 Mk. nicht zu 30 000 Mk. Bewilligen Sie dies heute, dann kommt man bald mit der Bitte: es ist zu wenig. Man will jetzt des Vereins eine große Anzahl von Konzerten geben. Im Laufe des Winters 5 Symphoniekonzerte und 30 Volkskonzerte. Woher soll aber das Publikum kommen? Es sind erforderlich, erstens Mittel vom Staat, zweitens recht viele Mitglieder und drittens: Jetzt kommt recht fleißig, sonst müssen wir die Hude zumachen. So liegt die Sache und ich bin der festen Ueberzeugung, daß, wenn die Regimentskapelle mit Sang und Klang kommt, gibt sie Konzerte, die lieber gehört werden als andere Musik. Der Hausballspiel ist viel zu knapp bemessen. Man kommt damit nicht aus, hat man aber A gesagt, muß man auch B sagen. Ich weiß sehr wohl, daß die Musiker sich in einer Nothlage befinden. Sie verdienen bei schwerer Arbeit 1000 bis 1100 Mk. jährlich. Man heißt es, wir engagieren euch für 7 Monate à 110 Mk., das sind 770 Mk. im Laufe des Winters. Wie sieht es aber in den Sommermonaten? Da sollen die Leute einholen, was ihnen an den früheren Einnahmen fehlt. Wie sind verheiratet und können ihre Familie nicht verlassen, um etwas zu verdienen. Die Leute kommen im Winter gar nicht zur Behnung, um Privatunterricht erhalten zu können. Mit einem Wort, es ist die Lage der Musiker durch diese Unternehmen in keiner Weise gebessert. Wenn es auch nur 13 000 Mk. sind. Es wundert mich, wenn Sie jenseitig Geld haben, daß Sie es nicht recht ängstlich sparen. Ich habe Beispiele an der Hand, daß es oft recht angäglich gepard wird. Man sollte vorsichtiger sein. Sobald wir diese Vorlage annehmen, wird sich eine Konkurrenzkapelle bilden. Man hat mir gesagt, daß man diese Ausgaben für notwendige und nützliche hält, weil ein großer Fremdenverkehr selbst für den Winter dadurch erzielt wird. Ich halte die Ablehnung mit dem Ansuchen und der Stellung unserer Stadt übereinstimmend. Sie können sagen, unsere Mittel sind nach anderer Seite festgelegt, Freiburg hat sich keinen Kanal, wir aber sind genöthigt, unsere Mittel zusammen zu halten. Aber für den großen Aufschwung, um die Kraft der Steuerzahler nicht zu groß zu belasten. Demgegenüber hat es keine Bedeutung. Wenn es das erstere in Frage stellen könnte. Wenn wir die Steuerkraft heranziehen müssen, wenn es gar nicht zu verantworten wäre. Aber das ist nicht zu behaupten. Wir erwarten, daß, wenn wir den Kanal ausgeführt haben, auch von auswärts thätige Geschäftleute sich hier niederlassen, die dann die vortheilhafte Lage unseres Platzes ausnützen wollen. Die alle erwarten hier Kunst und Musik und dergleichen zu finden, was sie anderswo finden. Wenn wir hier solche thätige und wohlhabende Leute heranziehen wollen, müssen wir etwas schaffen. Ich würde am ersten zu haben sein für die Senatsvorlage. Der große Zuschuß von Privaten ist als etwas Unerhebliches hingestellt worden, aber nach wie vielen Seiten hin wird der Einzeln in Anspruch genommen. Ich finde, das ist eine große Leistung. Aber ich würde auch dem Antrag Jenne zustimmen. Ich wünsche, daß diese Ab-

stimmung zeigt: die Bürgerchaft habe auch Herz. Haben wir wirklich so viel Geld, so können wir die 13 000 Mk. theilen und 130 kleinen Beamten eine jährliche Zulage geben und Sie werden eine Musik hören, gegen die ein Symphonieorchester Nichts ist.

Vorsitzender Dr. Sommer: Viele sind nicht so sachverständig, um das von Herrn Hempel Vorgebrachte sofort widerlegen zu können. Das ist auch nicht Aufgabe der Bürgerchaft. Ob unsere Musik damit gebiet ist, weiß ich nicht. Es ist schwerlich Einer in Lübeck, der diese Frage mit diesem Sachverständniß beurtheilen kann, wie Herr Hempel es gethan hat. Wir müssen abwarten. Kommt eine Regimentskapelle, erhalten wir von der also, was wir haben wollen, dann können wir von diesem Versuch noch immer zurücktreten. Es sind dann Gründe, dagegen zu stimmen. Ich wollte Ihnen meine Gründe mittheilen, für die Bewilligung einzutreten. Es wird uns nichts zugenutzen, was an anderen Orten nicht schon wäre. Sehen wir uns im deutschen Reich um, nennen Sie mir eine Stadt, die nicht längst schon gelassen, was wir jetzt thun wollen. Ein Beispiel will ich Ihnen geben. Ich war im Sommer in Freiburg im Breisgau, eine Stadt mit 50 000 Einwohnern, Universitätsstadt, eine ansehnliche aber keine wohlhabende Stadt, die sich selbst nicht an die Seite stellen kann, mit seiner steuerfähigen Bevölkerung. Dort giebt man für eine Stadtkapelle und Theater im Jahr 100 000 Mk. aus.

H. M. Volkmann theilt mit, daß ihm von 30 Mitgliedern der Kapelle ein Brief zugegangen, durch welchen sich dieselben sehr zustimmend äußern. Die Regimentskapelle werde keine so große Konkurrenz bringen, denn sie bediene keine außerordentliche Vergrößerung der Musiker gegen die jetzige Regimentskapelle.

H. M. Petz empfiehlt den Antrag Jenne. Eine Erhöhung der Beiträge im Musikverein habe eine große Anzahl von Mitgliedern freudig zugestimmt. Der Beitrag von 5 Jahren wird auf 4 Jahre vertheilt, eine Erhöhung von 25 pCt. bedeuten. Nachdem Redner die früheren Musikverhältnisse Lübecks beleuchtet hatte, spricht er sich dahin aus, daß wenn die Vorlage wieder abgelehnt werde, der Muth für derartige Unternehmungen auf lange Jahre hinaus geschwunden wäre.

H. M. Dr. Müller: Eine Besserung der jetzigen traurigen Lage der Musikverhältnisse ist durch die Annahme des Antrages nicht zu erwarten. Zu Erfurt habe vor Jahren der Sollerische Musikverein eine Anwendung für bessere Musik gemacht und hierzu keinen Pfennig Zuschuß bekommen. Von den Schichten der mittleren und unteren Bevölkerung sei der Wunsch für Unterstützung nicht ausgegangen. Diejenigen, welche den lebhaftesten Wunsch dafür äußert haben, seien die Minorität der Bevölkerung. Wir pflegen die Kunst schon durch Erhaltung unserer Bauwerke bedeutend. Der Beweis, ideale Gesinnung zu betätigen aus öffentlichen Mitteln sei leicht, aus eigener Tasche jedoch ganz anders. Am Schlusse seiner Ausführungen bittet Redner, gegen die Vorlage zu stimmen.

H. M. Dr. Baetche: Der eigentliche Kernpunkt schwinde allmählich. Die große Majorität der Bevölkerung sei gegen die Vorlage. Wir brauchen die große Ausgabe nicht zu machen, da wir gute Volkskonzerte hätten. Redner bestritt, daß die Lage der Musiker gebessert werde. Die von auswärts kommenden Musiker würden unsere Musiker das Brod vor der Nase wegnehmen. Jedes Concert würde 2000 Mark Staatszuschuß kosten. Die Mehrheit der Bevölkerung habe kein Interesse an der Sache. Redner erinnert am Schlusse auch noch an das Defizit von anderthalb Millionen.

H. M. Hempel behauptet nochmals, daß seine Ausführungen begründet wären. Sein „Nein“ gelte ebenso viel, wie Volkmanns „Ja.“ Der Brief der 30 Musiker beweise nur, wie schlecht die Lage derselben sei, sie ergreifen eben Alles, was sich ihnen böte. Zum Schlusse fragt Redner, ob denn der Bürgerchaft das Urtheil der großen Bevölkerung nichts gelte.

Senator Dr. Brechmer bittet, den Antrag ordentlich zu formulieren. Auf eine weitere Diskussion wolle er sich nicht mehr einlassen.

H. M. Dr. Wenda führt aus, daß der Senatsantrag formell richtig sei. Weiter betont Redner, wir müßten freilich sparen, aber wenn der Senat mit einer solchen Vorlage käme, könne die Bürgerchaft sie ohne Bedenken bewilligen.

H. M. Wajam will nur bemerken, daß er dem Kompromiß nicht beitreten werde und gegen die Vorlage stimme.

H. M. Dr. Görg. Herr Hempel hat in seiner ersten Rede eine Schlussfolgerung gebraucht, welche nicht un Widerspruch bleiben darf. Durch die Vergrößerung der Gehälter wird das Budget sehr belastet. Die Taxation, daß der Staat die Waisen- und Bittwendenspersonen übernommen hat, darf man nicht vergessen. Auch kann ich Herrn Hempel erzählen, daß mir als Reichstagsabgeordneter oft gesagt ist, die Lübecker Beamten sind viel besser gestellt, als anderswo. Alsdann erläutert Redner noch, daß man hier in Lübeck die gleiche Chancen haben wie in Süddeutschland. Wenn in Lübeck die Idealbestrebungen für Kunst fehlten, würde mancher Rentner nicht nach hier ziehen. Herr Dr. Baetche habe einen Grundsat ausgeprochen, der mit seiner politischen Ueberzeugung im grellsten Widerspruch stehe. Er sagte, wir müssen die auswärtigen Musiker fern halten, weil sie Konkurrenz machen. Schwärmen aber nicht die Freisinnigen dafür, daß, je höher und größer die Konkurrenz sei, desto höher der Konsum. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen.

H. M. Geheimrath Brecht erklärt, daß der Unterschied zwischen 15 000 und 13 000 Mk. wenig Eindruck mache. Entweder man gebe nach 4 Jahren die Sache auf; dann sei das Geld wegge worfen, oder man habe dauernd die Ausgabe. Der Vorstand des Vereins müsse sich stets klar sein, daß die Sache nur ein Versuch sei. Ferner wünscht Redner durch die Presse festgelegt zu sehen, daß Senat und Bürgerchaft eine moralische Verpflichtung nicht übernehmen.

H. M. Hempel dankt Dr. Görg für die Liebenswürdigkeit, mit der er ihn bedacht habe und bittet ihm persönliche Notizen nicht unterzulegen zu wollen. Ferner erinnert er Dr. Görg an den 28. Dezember 1892.

H. M. Dr. Baetche fragt warum die Mitglieder in der Bürgerchaft saßen, wenn Dr. Wenda glaube, zu einer Vorlage des Senats habe die Bürgerchaft keinen Grund zur Ablehnung. Dasselben, welche heute für 13 000 Mk. stimmten, würden über 4 Jahre für mehr stimmen. Dr. Görg glaube ihm politisch Etwas nachweisen zu können. Es sei hier nicht der Ort dafür. Er habe gar nicht gesagt, man müsse die Konkurrenz fremder Musiker fern halten, sondern nur, daß fremde Musiker herangezogen würden und dadurch den hiesigen eine Konkurrenz bereitet würde.

H. M. Jenne führt aus, daß es sich nach Ablauf von vier Jahren zeigen würde, ob die Ausgaben sich steigerten, dies sei überflüssig, betraute man Berlin. Wir müssen für eine angemessene Unterstützung sorgen und empfehle ich Ihnen nochmals meinen Antrag.

Die allgemeine Beratung wird hierauf geschlossen.

Die Bürgerchaft lehnte die Vorlage in der vom Senate entgegengeschickten Fassung ab und nahm dieselbe in der seitens der nunmehrigen Mehrheit der Kommission empfohlenen Fassung mit 46 gegen 44 Stimmen an.

Darauf Schluß der Versammlung um 1 Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

25. November.

Achtung! Metallarbeiter! Der Zuzug von Schlossern, Schmieden, Drehern, Klempnern, Verzinnern, Brennern und sonstigen Hülfsarbeitern nach dem Emailirwerk von Carl Thiel u. Söhne ist streng fernzuhalten. —

Alle Arbeiterblätter werden zum Abdruck gebeten.

Die Provokationen und Hekereien der „Eisenbahnzeitung“, die alltäglich die Verläumdungen Lübelweise auf die Ausständigen von Thiel u. Söhne gegossen hat, haben endlich b. dauerliche Exzesse herbeigeführt. Als gestern Morgen einige Streikbrecher von Schwartau kamen, darunter der von uns unlängst gekennzeichnete Revolverheld, schimpften sie wie gewöhnlich auf die in der Schwartau r. Allee von den Streikenden aufgestellten Posten. Mehrmals schon hatten die Streikbrecher in dieser Weise die Posten belästigt, ja sogar bespöien, ohne jedoch durch derartige Provokationen die Posten jemals aus ihrer Reserve hervorzulocken. An der unerschütterlichen Ruhe der betr. Posten prallten bisher alle diese Anreizungen wirkungslos ab. Als jedoch nun gestern Morgen abermals aus den Reihen der Streikbrecher das Wort „Halt!“ ertönte, wendeten sich einige der Posten st. henden Person um und meinten, ob sie, die Streikbrecher, sich denn gar nicht schämten. Das war dem Revolverträger von Schwartau zu viel. Er schlug seinen Revolver an und rief: „Wollt Ihr mal was hören?“ Bei richtiger er auch gleich seine Waffe auf einen der Posten. Da die And. r. das Schlimmste befürchteten, so eilten sie ihrem Kameraden zu Hilfe. Gleich darauf fiel ein Schuß, der niemand traf. Man suchte nun dem Revolverhelden die Schußwaffe zu entreißen, um weiteres Unglück zu verhüten, doch schloß dieser sofort abermals, ohne jedoch jemand zu verwunden. Erst als gleich darauf ein dritter Schuß fiel, ertönte in Frauen. schrei, sodaß anzunehmen war, eine Frau sei getroffen. Es entzekt sich bis jetzt unserer Kenntniß, ob die Frau getroffen ist. Genug, in Folge des Schießens wurden die Gemüther erregt und kam es zu einer Schlägerei, bei der einigen der Streikbrecher übel mitgespielt wurde. Auch Streikende tragen Verletzungen davon. Daß der Streich von den Streikbrechern geplant war, geht auch daraus hervor, daß, als die Schwartauer, also die Streikbrecher, etwas schämten, ein Augstellter von Thiel mit mehreren bewaffneten Mannschaften aus der Fabrik kam, um den von Schwartau Kommenden entgegen zu gehen. — Das ist die nackte Darstellung des Vorfalles, wie sie uns von Augenzeugen berichtet worden ist. Und nun vergleiche man damit die Mordgeschichte, welche die „Eisenbahnzeitung“ daraus gemacht hat. Schon dieser Tage hat u. wir den Behörden empfohlen, dem Revolverhelden von Schwartau die Waffe zu entziehen, da es sonst bei der Unvorsichtigkeit und dem Uebermuth des Betreffenden leicht ein Unglück abgehen könnte. Nun, was wir vermutheten, ist leider eingetroffen, und Herr Gensdarm Maß in Schwartau wird sich hoffentlich jetzt veranlaßt sehen, einzuschreiten, denn nun ist wirklich jemand angeschossen. Die „E. Z.“ fällt natürlich in ihrer bekannten Art über die Streikenden her. Sie müssen nun einmal das Karneval gewöhn sein, das angefangen hat, ohne das geht es bei der „E. Z.“ und ihren Hintermännern nicht ab. Die reinen Mäbergeschichten („geschwätzte Gesichter“ u. s. w.) trübt sie ihren gläubigen Lesern auf, sie hofft dadurch eher auf empfängliche Gemüther wirken zu können. Für sie sind natürlich die Streikenden „durch verheerende Reden in den Versammlungen irregleitet“ worden, die That zu vollführen. Was kümmert es das feilsinnige Blatt in seiner Unerblichkeit, daß die Streikenden lediglich in Nothwehr gehandelt haben? Was kümmert es die „E. Z.“, daß sich die ganze angebliche „verheerende“ Thätigkeit in den Versammlungen bisher nur darauf gerichtet hat, die insamen Beschlüssen der „E. Z.“ zurückzuweisen? Bisher hat das Blatt, weil es in jeder Versammlung wegen seiner unerhörten Provokationen gebührend gedankt wurde, meist alle Versammlungsberichte seinen Lesern untergeschlagen oder doch in einer Form darüber berichtet, die häufig recht bedenklich von der Wahrheit abwich. In ihrem Berichte belegt die „E. Z.“, die zu Anarchisten nachweislich intime Beziehungen unterhalten hat, natürlich die Streikenden mit den gemeinsten Titulaturen. Es hagelt nur so von gemeinen Schimpfwörtern. Wir begreifen das gewissenlose Treiben des freisinnigen Blattes: es sieht, wohin seine Hekereien geführt haben und versucht sich nun zu retten, um den jetzigen Vorfalle von sich abwälzen zu können. Das Eigenartigste an der ganzen Geschichte ist noch, daß man vier der Streikenden inhaftirt hat, während der Revolverheld, der gewissenlose Anstifter des unerquicklichen Vorfalles, frei herumläuft. Fühlt sich die Behörde nicht bemüht, ihn, den Anstifter des Unfalls, mit gleichem Maße zu messen? Der Vorfalle hat bereits dazu geführt, daß sechs Schulleute beritten gemacht sind, um den Wacht dienst aufrecht erhalten zu können. Unter Polizeieskorte wurden die Streikbrecher gestern Abend nach Schwartau geführt. Der „Generalanzeiger“ tut trotz seiner „Unparteilichkeit in das Horn der „E. Z.“ Nun beide sind einander werth.

Wie weit die Unverschämtheit der Streikbrecher geht, hat der heutige Morgen abermals bewiesen. Harmlose Spaziergänger, die am Streik gar nicht theilhaftig sind, wurden von ihnen in ärgster Weise bedroht und belästigt. So wurde heute Morgen u. A. der Wirth Kliffendorf von ihnen mit den Worten bedroht: „Stoß das lange Was doch in den Hintern rinn, wenn er keinen Platz machen will.“ Und das, obwohl Herr Kliffendorf ruhig die Straße entlang ging. Auch von anderer Seite werden uns unerhörte Provokationen von Streikbrechern gemeldet. Wir meinen, daß die Polizeibehörde, die sich der Streikenden in so „liebvoller“ Weise annimmt, alle Ursache hat, zunächst dafür zu sorgen, daß die Provokationen

ation von Seiten der Streikbrecher zu hören. Leider sehen einige Schutzleute diesem Tun und Treiben ruhig zu. Wir wollen hoffen, daß Licht und Schatten in gleicher Weise vertheilt wird.

Folgende unerhörte Provokationen der Streikbrecher wurden uns heute Morgen gemeldet: Der Arbeiter Ba. aus Schwartau, ein Streikbrecher, ging heute Morgen die Schwartauer Chaussee mit dem Revolver in der Hand entlang und drohte ohne Ursache damit. Ferner hat derselbe bei seinem Hauswirth in Schwartau erzählt, daß Herr Thiel 5 Taschenrevolver an die Schwartauer Streikbrecher vertheilt habe. Hat sich Herr Thiel auch über die eventl. Folgen seiner Handlungswiese klar gemacht? — Die Arbeiter Wilay und Dessen gingen heute Morgen die Schwartauer Allee hinauf, ohne ein Wort zu sagen. Trotzdem wurden sie von Streikbrechern der Nachtschicht mit einer Flasche bedroht. Wilay hat es sofort einem dort stehenden Schutzmann gemeldet, worauf der Attentäter dann das Weite suchte. — Hossentlich tritt die Polizeibehörde ebenso energisch für die Rechte der Streikenden ein als wie für die der Andern.

Es wird weiter gemessert! Heute Morgen wurde der Schlosser Su., welcher auf der Maschinenfabrik von Gores u. Miesner beschäftigt war, entlassen. Genosse Su. sollte heute Morgen als Streikbrecher dienen. Er lehnte es jedoch ab, die Schablonen zum Stempeln für Carl Thiel u. Söhne anzufertigen. Als nun der Genosse diese Arbeit verweigert hatte, wurde ihm von dem Werkmeister erklärt: andere Arbeit wäre für ihn (Su.) nicht da. — Man sieht daran wieder die Arbeiterfreundlichkeit des Unternehmerrthums. Will der Arbeiter nicht zum Verräther an seine Leidensgenossen werden, dann wird er einfach auf das Straßenpflaster geworfen.

Fromme Wünsche. Gestern in der Mittagsstunde stand auf der Gutiner Eisenbahnbrücke ein Meister von Thiel und unterhielt sich mit einem ehrjamen Spißbürger über die Schicksale der Streikbrecher auf die Streikenden. Der Meister machte seinem gequälten Herzen Luft und bedauerte nur, daß der betr. Streikbrecher keinen der Streikenden getroffen habe. Der Herzenswunsch des Spißbürgers ging sogar noch weiter: er meinte: die Hunde (nämlich die Streikenden) müßten alle erschossen werden; das wäre das beste Mittel, um die Sache aus der Welt zu schaffen. Wir glaubten diesem Herzenswunsche einer beschränkten Spißbürgerseele unsern Vessern nicht vorenthalten zu dürfen. Leider ist es nicht möglich geworden, die Identität des Mannes festzustellen.

Auch ein Sieg. Die große Masse des hiesigen Publikums war am Montag vollständig überaus, als die Nachricht die Stadt durchstieß: die Bürgerschaft hat die Musikvereins-Vorlage angenommen. Es ist leider traurige Wahrheit: in Verkennung der Thatfachen hat die Bürgerschaft mit 2 Stimmen Majorität den Antrag angenommen, nachdem sich einige Gegner vor der Abstimmung entfernt hatten. Jedenfalls hatten sie befürchtet, daß namentliche Abstimmung beantragt werden könnte. Sie haben es deshalb vorgezogen, sich rechtzeitig zu „drücken“, um „kommenden Eventualitäten“ aus dem Wege zu gehen. Wenn man die ganzen Verhandlungen durchgeht, welche die Vorlage erfahren hat, so muß man sich ernsthaft fragen: hat man es in der Lübecker Bürgerschaft mit ernstern Männern zu thun, die sich der Tragweite ihrer Beschlüsse vollständig bewußt sind, oder mit Puppen, die sich vor im Hintergrunde haltenden Männern jeweilig leiten lassen? Fürwahr, ein schändlicheres Komödienspiel hat wohl selten ein Parlament getrieben! Kaum hatte s. Zt. die Bürgerschaft die Vorlage abgelehnt, so setzten es einige Musikvereinsfanatiker durch, daß die Vorlage nochmals zur Berathung kam, und sie erreichten es, daß dieselbe Vorlage, die 8 Tage vorher mit einer großen Majorität abgelehnt war, abermals eingehend berathen und an eine Kommission verwiesen wurde. Während der ganzen Sommermonate hat diese Kommission berathen, ohne daß etwas Greifbares zu Tage trat, so daß man bereits allgemein annahm, die Vorlage würde in der Kommission ein anständiges Begräbniß finden. Doch sollte das ein großer Irrthum sein. Die Kommission ging wenigstens noch soweit, die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen. Man hätte nun erwarten sollen, daß die Bürgerschaft die Vorlage ebenfalls ablehnen würde. Weit gefehlt! Man kennt eben die Lübecker Parlamentarier und die Musikvereinsfanatiker zu wenig. Nachdem die Kommission ihren ablehnenden Beschluß bereits erfaßt hatte, tauchte aus der Versenkung Herr Jenne als „rettender Engel“ auf; es fand sich eine neue Majorität und „die Sache machte sich“: die Steuerzahler können nun blechen und die Musikvereinsfanatiker haben ihren Willen — und ihr Vergnügen. Das nennen unsere Lübecker Parlamentarier ehrlich handeln; nun schlimmer ist man wohl noch nirgends umgesprungen als in diesem Falle. Und nun vergleiche man den eigentlichen Antrag des Musikvereins und den Antrag Jenne, der Montag eine Majorität gefunden hat, und man wird sich über die große Schläue unserer Stadtväter mindestens wundern. Es war ein Staatszuschuß von 15000 Mk. auf fünf Jahre gefordert worden, und bewilligt wurde ein solcher von 13000 Mk. auf vier Jahre, wenn der Musikverein seinen Beitrag auf 10500 Mk. erhöht. Man sollte eigentlich lachen, wenn es nicht gar zu traurig wäre. Schmunzelnd werden die Musikvereinsfanatiker mit ihrer Beute heimziehen — und schmunzelnd sehen wir Sozialdemokraten ihnen dabei zu. Konnte uns denn ein besseres Agitationsmittel für die Bürgerschaftswahlen hingeworfen werden, als gerade dieser Unterstützungsbetrag an einen privaten Verein? Bei den Wahlen im

nächsten Sommer werden wir uns dieserhalb wieder sprechen. Der „General-Anzeiger“, der bekanntlich die tollsten Eiertänze während der Berathungen dieses Antrags aufgeführt hat, scheint trotz seiner Einfalt „Lunte zu riechen“. In seinem Stimmungsbilde über die Bürgerschaft vom letzten Montag meint er nämlich:

„Dieser Sieg der Musikfreunde ist also noch weniger als ein Pyrrhusieg, der event. seine Folgen bei den nächsten Bürgerschaftswahlen schon zeigen wird. Denn das unterliegt keinem Zweifel: die große Majorität der Bevölkerung wollte und will aus guten Gründen von dieser Musikreform nichts wissen.“

Wir wollen daran erinnern, daß sich der „Gen.-Anz.“ anfangs für die Musikvereinsvorlage stark ins Zeug geworfen hat; als er jedoch zu merken glaubte, daß die Sache schief gehen könnte, ist er über Nacht schnell „erleuchtet“ worden und in das Lager der Gegner der Vorlage übergegangen, um sich jetzt mit seiner ablehnenden Stellung zu brüsten. „dick zu thun“. Das eine haben die Berathungen der Musikvereinsvorlage der großen Menge der Lübecker Bevölkerung unzulänglich gelehrt: bei der nächsten Bürgerschaftswahl dürfen nur solche Männer gewählt werden, die nicht ihren Mantel nach dem Winde hängen; es müssen charakterfeste, zielbewusste Männer, keine Witterfahnen gewählt werden. Die beste Gewähr aber bieten die sozialdemokratischen Kandidaten. Sollte die Bevölkerung Lübecks diese Lehre aus den Verhandlungen der betr. Vorlage gezogen haben, so wäre die Lehre wahrlich nicht zu theuer erkauft. Darum: es lebe die nächste Bürgerschaftswahl!

Eine prinzipielle Entscheidung hat am 16. November das Reichsversicherungsamt unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Vöbster gefaßt. Der Bierfahrer Wasmann aus Hamburg war zur Heilung eines Fußleidens, das er sich im Betriebe zugezogen hatte, nach der Unfallstation IV in Berlin gebracht worden. Hier ist er am zwanzigsten Tage seiner Anwesenheit an Diphtherie erkrankt; wenige Tage später erlag er diesem Leiden. Nachdem die Berufsgenossenschaft und auch das Schiedsgericht die Rentenansprüche der Hinterbliebenen abgelehnt hatten, weil ihnen der Nachweis eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen dem Unfall und dem Tode des Verletzten nicht dargethan schien, erhoben die Kläger den Rekurs. Das Reichs-Vericherungsamt begünstigte nicht in dem Laufe des Verfahrens abgegebenen ärztlichen Gutachten, sondern eruchte noch den Professor Fürbringer um ein Ober-Gutachten. Das Rekursgericht hat nun jetzt die Hinterbliebenen des Wasmann ebenfalls mit ihren Ansprüchen abgeewiesen. Aus der Urtheilspublikation durch Dr. Vöbster ist hervorzuheben: Es liege die Annahme menschlich nahe, daß eine Berufsgenossenschaft, die einen Verletzten in einer Heilanstalt unterbringe, dann mit der Rentenzahlung an die Hinterbliebenen einzutreten habe, wenn dieser Verletzte in der Anstalt von der Diphtherie befallen werde und dort daran zu Grunde gehe. Das allein genüge aber nicht, vom Standpunkte der Unfallversicherung einen Zusammenhang zwischen dem Unfall, der die Aufnahme im Krankenhaus veranlaßte, und dem Tode anzunehmen, der die Folge der Infektionskrankheit war. Vielmehr sei der Grundgedanke anzustellen, daß die Berufsgenossenschaften in solchen Fällen nur dann einzutreten haben, wenn die besonderen Verhältnisse im Krankenhause die Erkrankung hervorriefen oder doch im außerordentlichen Maße begünstigten. Das sei aber in der Unfallstation IV nicht der Fall gewesen; im Gegentheil, Wasmann sei trotz seines Aufenthaltes daselbst an der Diphtherie erkrankt. Es stehe fest, daß weder vorher noch nachher in der Station Diphtherie vorgekommen sei und daß keiner der Angestellten der Unfallstation Diphtheriekranker in letzter Zeit außerhalb der Unfallstation behandelt habe. Auch wäre auf Grund des Gutachtens von Professor Fürbringer anzunehmen, daß die infolge des Unfalls eingetretene Schwächung des Wasmann der Infektion nicht förderlich gewesen sei. Wäre es der Fall gewesen, dann hätte das Gericht den Hinterbliebenen die Rente zusprechen müssen.

Circus Variete. Die gefröhe Vorstellung war auch, wie ihre Vorgängerinnen, recht gut besucht und wurden die einzelnen Pieren mit größtem Beifall aufgenommen. Auf dem Benefiz-Abend des Herrn Kalenberg am Freitag machen wir Freunde des Variete-Theaters noch besonders aufmerksam, wobei noch erwähnt sei, daß der Benefiziant, dessen Leistungen rühmlichst bekannt sind, einen Pokal mit Münzen, der bis zum Rande gefüllt ist, Demjenigen zu theil werden läßt, welcher den Inhalt am nächsten erräth. Die Geldsammlung ist im Schaufenster des Herrn Nagel, Markt, ausgestellt.

Germanischer Lloyd. Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 8. bis 14. November 1896 folgende Seeschäden gemeldet worden: Totalverluste 38, davon 4 Dampfer und 34 Segelschiffe, 169 Beschädigungen, davon 87 Dampfer und 82 Segelschiffe, zusammen 207.

Der Deserteur, Füsillier Siefken, welcher sich heimlich von seinem Truppendeile in Klostok entfernt hatte, wurde gestern Morgen hier festgenommen und dem hiesigen königl. Garnisonkommando zugeführt.

Der Streik der Hafenarbeiter in Hamburg stand Dienstag auf der Tagesordnung einer nach dem Lokal von Blohm in der Hundestraße einberufenen öffentlichen Hafenarbeiter-Versammlung. Herr Mann erläuterte in seinem einleitenden Referate die Sachlage und verlas die von Hamburg eingegangenen Depeschen, speziell diejenige, welche schon am Montag Abend in den „Central-Hallen“ verlesen: „Dampfer „Ludwig Boffehl“ soll seine Ladung in Lübeck löschen, muß unbedingt verhindert werden.“ An der lebhaften Diskussion, welche eine allseitige Sympathieerklärung für die ausständigen Hamburger Kollegen ergab, beteiligten sich Göde, Venturin, Kalk, Körner u. A. Besonders hervorgehoben wurde das Verhalten der „Eisenbahn-Zeitung“, welche auch die bekannte Annonce: „1000 Arbeiter gesucht“ aufgenommen hat und so dem hiesigen leutehungstrigen Emsalzwert eine nusenliche Konkurrenz bereitet. Das Ergebnis der Verhandlungen war die einstimmige Annahme nachfolgender Resolutionen: 1. Die heutige öffentliche Versammlung der Hafenarbeiter Lübecks beschließt, sich mit den Hamburger Kollegen solidarisch zu erklären, und verspricht, mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln den Kollegen in Hamburg zum Siege zu verhelfen. 2. Die öffentliche Versammlung der Hafenarbeiter beschließt, falls der Kohlendampfer „Ludwig Boffehl“ hier zum Löschen einläuft, denselben nicht in Arbeit zu nehmen, sondern sich mit den Kollegen in Hamburg solidarisch zu erklären.

Erpressung und Betrug. Ein Landmann aus der Umgegend hatte sich gegen das bei ihm dienende Mädchen Unruh in irgend einer Weise unpassend benommen. Der Vater des Mädchens benutzte dies, um horrenden Schmei-

ummen von dem Landmann zu erpressen, wobei er sich der Vermittlung des öfter bestrafte Auktionators Fick, und als dieser in Strafkast gezogen wurde, des „Direktors der Krankenkasse Hansa“, Heins, sowie des Wirthes Gehrken bediente. Fick hatte sich als „Schiedsrichter“ aufgespielt, während Heins und Gehrken den „Schimpfpolizisten“ herauskehrten. Auf diese Weise pressen sie den Landmann, welcher sie für amtliche Persönlichkeiten hielt, nach und nach um über 10,000 Mk. Polizeiamt und Staatsanwaltschaft erhielten jedoch Nachricht von der unanständigen Geschichte und verfügten die Verhaftung der Beteiligten. Gehrken und Unruh sind festgenommen, dagegen soll Heins sich auf „Geschäftsreisen“ befinden, während Fick schon länger abwesend ist. Wir wollen nicht unterlassen, bei dieser Gelegenheit daran zu erinnern, daß der „Volksbote“ das erste Blatt war, welches s. Zt. auf die schwindelhaften Geschäfte praktiken des ehrenwerthen Direktors Heins aufmerksam machte und ihm, soweit in seinen Kräften stand, das Handwerk legte.

Einer Wäscherei von hier wurden am Montag Morgen sieben Taschentücher gestohlen. Dieselben sind mit W. M. W. und J. G. gezeichnet.

Schöffengericht. Sitzung vom 24. November. Der oft vorbestrafte Gelegenheitsarbeiter K. wird wegen Bettelens und Widerstandes zu 6 Wochen Haft, 3 Monaten Gefängniß und Ueberweisung an die Landeshauptstadtbehörde verurtheilt. — Wegen Sachbeschädigung und Entwendung von allerlei Viktualien erhält der Meiereigehilfe F. 3 Wochen Gefängniß und 8 Wochen Haft. — Der Mchthändler M. hat gegen ein Strafmandat gerichtliche Entscheidung beantragt, welches ihm wegen nicht genügender Bedeckung der in seinem Schaufenster liegenden Waaren während der Zeit des Gottesdienstes zugelegt war. Er erzieht die Aufhebung des Mandates, da nachgewiesen wird, daß nur einige kleine Stücke stehen nicht vollständig bedeckt gewesen sind. (Anm. d. Red.: Weßhalb werden solche zwecklosen Anzeigen überhaupt erstattet?) — Weil er keine Laterne an dem Wagen hatte, erzieht der Knecht U. ein Strafmandat. Er hat gerichtliche Entscheidung beantragt, erreicht jedoch lediglich die Verthätigung, da das Gericht seine Eigenenschaft als Führer des Wagens feststellte. — Die Arbeiter K. und G. sollen in einer Sonntag Nacht in der Mühlenstraße ruhestörenden Lärm verursacht haben, wollen aber nur in Zurückweisung des sie thätlich angreifenden Schiffers J. erregt geredet haben. Ihr Einspruch gegen die auf 3 Mk. lautende Strafvorschrift bleibt ohne Erfolg, da das Gericht annimmt, daß sie auch noch nach dem Duzwischentreten der Polizei geklärt haben. — 6 Wochen Gefängniß soll die vorbestrafte Ehefrau H. wegen Betruges verüben. Die Höhe der Strafe erklärt sich daraus, daß sie den Betrag durch ihre strafunmündige Tochter ausführen ließ. — Unterschlagung von einem Paar Stiefeln trägt dem vielfach vorbestraften Arbeiter K. 1 Monat Gefängniß ein. — Wegen Unterschlagung einer Uhr wird das Dienstmädchen K. mit 10 Tagen Gefängniß bestraft. — Kleine Geldbeträge hat das Dienstmädchen B. ihrem Dienstherrn und dem Einlogierer ihrer Mutter theils mittels Einschleichen entwendet. Sie soll dafür 3 Monate und 3 Tage Gefängniß verüben. — Der mit 9 Monaten Gefängniß wegen Diebstahls vorbestrafte Buch- und Markenhändler S. und der Kaufmann B. sollen einem Kontrolleur falsche abgestempelte Mecklenburger Briefmarken aufgeschalt und ihm dadurch eine Vermögensschädigung zugefügt haben. Da Beide ihre Schuld bestreiten, so findet unter Zuhilfenahme von zwei Sachverständigen eine ausgedehnte Beweisnahme statt, deren Ergebnis die Verurtheilung des S. zu 14 Tagen Gefängniß ist, während B. 1 Woche erhält. — Ein Exemplar der famosen schwarzen Listen der Firma Carl Thiel u. Söhne, welche zum großen Verbruh der Herren später als Dokument für die Klüftung, welche gewisse Leute vor dem Gesetz haben, im „Volksboten“ prangte, soll die Anglerin K. aus der Druckerei von Matties entwendet haben, und zwar auf Anstiftung ihrer Kollegin R. Das Gericht hält die Aneignung des Zettels, dessen Werth sich schwerlich in gangbarer Münze ausdrücken lassen, für ein so schweres Eigentumsvergehen, daß es die bisher völlig unbefehrten jungen Mädchen zu je einer Woche Gefängniß verurtheilen zu müssen glaubt. (Von Rechts Wegen — aber was geschieht nun den Herren, die in offenkundig gelehridriger Weise schwarze Listen in alle Welt sandten, um ehrliche Arbeiter in Acht und Bann zu thun? Herr Staatsanwalt — — — ? D. Red.)

s. Schwartau. Montag fand hier die Gemeindevorwahl statt. Die Theilnahme an derselben war eine sehr rege; von 346 Wahlberechtigten überten 251 ihr Wahlrecht aus. Fünf oder gar sechs verschiedene Parteien hatten Kandidaten aufgestellt. Die Zahl der letzteren belief sich daher auf nicht weniger als ungefähr 40. Gewählt wurden: Gerichtschreiber Tesenitz mit 192, Fabrikant Wulff mit 186, Rademacher Jäde mit 161, Zigarrenfabrikant Timm mit 133, Kassirer Fick mit 120, Zigarrenfabrikant Sebelesky mit 118, Malermeister J. Green mit 107 und Gastwirth Th. Fürgens mit 105 Stimmen. Es war im Voraus zu sehen, daß die von den Arbeitern aufgestellten Kandidaten nicht siegen konnten, weil die auf dem Tramser Eisenwert beschäftigten Arbeiter noch besonders ihre Kandidaten aufgestellt hatten. In Folge dessen mußten sich die Stimmen der Arbeiter zu sehr zerplittern.

Hamburg. Die Subventionirung der Reichspost-Dampfer hat unter den Hamburger Rhedern eine lebhaftere Bewegung hervorgerufen, indem dieselben den Nachweis zu führen versuchen, daß eine Subventionirung der Schiffe des Bremer Lloyd vollständig überflüssig und ungerecht ist. In der That ist unter den deutschen Schiffsrhedern eine lebhaftere Konkurrenz entstanden, und Linien, die dieselben Touren wie die Reichspost-Dampfer innehalten, können auch ohne Staatsubvention bestehen. Wenn unter den bestehenden Verhältnissen seitens des Reichs eine Protektion denjenigen Schiffen durch Beigabe der Post gewährt wurde, die eine schnelle Reise machen, so käme schon heute der Norddeutsche Lloyd schlecht weg, indem Hamburger Schiffe an Schnelligkeit demselben über sind. Es scheint demnach die Annahme gerechtfertigt, daß die Reichssubvention gezahlt wird, um Schiffe für Truppentransporte jederzeit zur Verfügung zu haben, womit der Bremer Lloyd schon heute gute Geschäfte macht. Jedenfalls dürfte im Reichstag die Zahl der Freunde für die Subvention kleiner werden.

Hamburg. Die Gewerführer waren Dienstag Abend versammelt und beschlossen einstimmig, den Baafen am Mittwoch, den 25. November den Lohnarif zu unter-

Altona. Ein Beamter der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrtsgesellschaft ist, wie der „B. Lok. Anz.“ meldet, nach Unterbringung erheblicher Summen entlassen.

Schwerin. Der gegen den „Bund der Landwirthe“ gerichtete „Schutzverband der mecklenburgischen Landwirthe“ hat die zur Vereinsbildung in Mecklenburg erforderliche Genehmigung des Ministeriums erhalten.

Schwerin. Der mecklenburgische Landtag ist am Mittwoch in Malchin eröffnet worden. Die wichtigste Regierungsvorlage ist neben der wieder neu eingebrachten, im Vorjahre abgelehnten Vorlage, betreffend Neuregelung der Volksschullehrer-Verhältnisse, der Regierungsantrag, betreffend Zuschuß aus allgemeinen Landesmitteln zum Bau eines Schiffahrts-Kanals vom Schweriner See bis zum Hafen von Wismar. Die Ansichten dieser Vorlage sind aber, wie die „Meckl. Volksztg.“ schreibt, keine besonders günstigen, weil die Junker in einer neulich in Rostock tagenden Art-Kommissionsberatung Stellung gegen diesen Antrag genommen haben. Die Junker fürchten nämlich, der Kanal könne auch dazu Verwendung finden, daß russisches oder amerikanisches Getreide auf dem billigeren Wasserwege nach Schwerin gelange und hier dem heimischen junkerlichen Roggen die Preise verdränge. Bekanntlich machten die Junker auf dem vorjährigen Landtage bei der Tariffestsetzung für den Güstrow-Rostocker Kanal aus denselben wirtschaftlich-politischen Gründen den vergeblichen Versuch, daß das diesen Kanal auftransportierte Getreide höhere Frachtsätze zahlen sollte, als das zum Transport in's Ausland bestimmte Getreide, welches von Güstrow den Kanal abwärts nach Rostock verschickt würde. Es braucht wohl nicht noch besonders nachgewiesen zu werden, daß diese Junkerpolitik, welche sich dem Ausbau moderner Verkehrswege entgegenstemmt, einen entschieden volkswirtschaftlichen Charakter trägt, ganz abgesehen davon, daß sie den mecklenburgischen Arbeitern neue Arbeitsgelegenheiten abschneidet.

Bremen. Hafenarbeiterstreik. Die Lohnkommission, die in einer Montag im Anschluß an den Streik der Hamburger Schauerleute stattgefundenen Versammlung der Arbeiter der Bremer Lagerhausgesellschaft

gewählt wurde, überreichte der Direktion der genannten Gesellschaft ein Schriftstück mit bestimmten Forderungen. Der Kardinalpunkt dieser Forderung ist zunächst eine Lohnerhöhung. Die Direktion erklärte, auf die in dem Schriftstück gestellte Bedingung, sich bis Dienstag Abend 6 Uhr zu entschließen, nicht eingehen zu wollen, sondern behalte sich eine dreitägige Bedenkzeit vor, nach deren Verlauf sie sich darüber entschließen würde, ob und eventuell wie weit auf die Forderungen der Arbeiter eingegangen werden könne. — Wie uns ein Privattelegramm meldet, wurde Dienstag Abend der Streik der Hafenarbeiter zu Mittwoch früh proklamiert.

Oldenburg i. G. Das Schiff „Gefine Caroline“ aus Norden in Ostfriesland, welches am 21. September von Schottland mit einer Ladung Kohlen nach dem Heimathafen abging, ist, wie aus Bremen berichtet wird, noch nicht angekommen und gilt als vermisst. Man vermuthet, daß das Schiff in den im September wüthenden Stürmen mit Mann und Maus in der Nordsee zu Grunde gegangen ist.

Vant. Zur Affaire Mohrman. Unsere Leser wird es interessieren, zu erfahren, daß das Militärgericht in Oldenburg auf die zuerst von der „Nordwacht“ gebrachte Veröffentlichung der Soldatenverhandlungen des Unteroffiziers Kemmert vom Oldenburger Artillerieregiment Untersuchung eingeleitet hat. Dieser Tage ist eine Anzahl der Gemüthlichen vernommen worden.

Briefkasten.

Schriftführer des Arbeiter-Zentralvereins. Bei Berichten an die Redaktion ist nur eine Seite des Papiers zu beschreiben; wollen Sie sich das gest. für die Zukunft merken. Wir müssen Ihren Bericht sonst jedes Mal erst vollständig umschreiben.

Quittung.

Für die ausständigen Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Thiel u. Söhne, hier, sind bei der Expedition des Volksboten eingegangen: Ueberdruß vom Ball der Tabakarbeiter Mt. 20,-- (auf Liste 1506 abgeliefert.) Weitere Gelder nimmt geru entgegen Die Expedition. Große Alsterstraße 35/37

Der Schweinehandel verlief gut. Zugeliefert wurden 1780 Stück, davon vom Norden vom Süden — Stück. Preise: Beschnittschweine schwere 50—55 Mt., leichte 48—51 Mt., Sauen 40—46 Mt. und Ferkel 44—48 Mt. pr. 100 Pfd.

Abgegangene und abgegangene Schiffe in Travemünde

Angelommen: Dienstag den 24. November. Vormittags 10,45 D. Storfursten, Favorin, von Helsingfors in 54 Std. 11,50 D. Meta, Ehler, von Rostock in 3 Std. Nachmittags 1,20 D. Condor, Ohssen, von Sonderburg in 10 Std. 3,40 D. Sjöfred, Nielson, von Kalmar in 9 Tg. 4,30 D. Beile, Andersen, von Swinemünde in 18 Std. Mittwoch, den 25. November. Vormittags 5,50 D. Orion, Möller, von Kopenhagen in 13 Std. 7,40 D. Carmen, Lau, von Newcastle in 3 Tg. 9, - D. Glemport, Arter, von Blyth in 84 Std. Abgegangen: Dienstag, den 24. November. Nachmittags 12,40 D. Staffrud, Jensen, nach Marstrand. 2,45 D. Desterjörn, Svensson, nach Trelleborg. — D. Mathilda, Ohlson, nach Rostock. 6,05 D. Falken, Ederberg, nach Kopenhagen. Mittwoch, den 25. November. Vormittags 1,-- D. Svithjod, Romberg, nach Stockholm. Wind und Wasserhand in Travemünde 8 Uhr 8: 8: schwach. 6,35 m. Schiffsbewegung in der Ostsee. D. Dora ist von Memel nach Kolbing abgedampft. D. Linnea ist in Hangö angekommen. D. Vivand ist in Riga angekommen. D. Kant ist von Pillau auf hier abgegangen. D. Zuzara ist von Riga auf hier abgegangen. D. Der Preusse ist in Königsberg angekommen. D. Luba ist in Pillau angekommen.

Sanitäts-Kaffee

3 Ehrenpreise. 3 Ehrendiplome. 11 goldene Medaillen.

1 Pfd. 45 Pfg. 1/2 Pfd. 25 Pfg.

wirklich einziger Ersatz für Bohnen-Kaffee. Sanitäts-Kaffee-Compagnie (Commandit-Gesellschaft) Stelter & Co., Köln.

Die glückliche Geburt eines gesunden Knaben zeigen hochachtungsvoll J. Ahrendt und Frau, geb. Kempke. Lübeck, den 24. November 1896.

Gef. zu sof. ein tücht. Bierkutscher. Off. unter No 6103b an Haasenstein & Vogler, A.-G., Lübeck.

Tüchtige Schneiderin empfiehlt sich in und außer dem Hause. Reiferstraße 3b.

Junger Hausknecht sucht Stellung, einertei welcher Art. Offerten unter G 9 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Zu vermieten ein freundlich möbl. Zimmer für 2 junge Leute. Preis 2,50 Mt. per Woche. Große Gröpelstraße 57.

Winterüberzieher, Hosen und Westen billig zu verkaufen. Schüsselbuden 10. 1. Etg.

Achtung!

Die Sammel-Liste Nr. 1882 ist verloren worden. Wir erjuden, falls dieselbe vorgelegt wird, bei Ernst Bendfeldt, Lederstraße 3, abzuliefern. Das Streik-Comité.

Gutstehende Damen- und Kinder-Garderoben werden zu den billigsten Preisen anverkauft. Fischergrube 66, 2. Etg.

Auction!

am Freitag den 27. November, Nachm. 2 1/2 Uhr, in der Hundestr. 14, Gasthof „Stadt Schleswig“

über: Sophas, Kleiderchränke, einen eisernen Ofen, 20 Pst. Brennmaterialien, Bett und Bettstellen, ferner einen großen Kasten Wein und vieles nicht Genannte mehr. Weitere Zustellungen Hundstraße 8 erbeten. J. C. B. Schmehl, Auktionator und Taxator.

la. Haferflocken

loste, Pfd. 25 Pfg. Joh. Nagel, Engelstraße 51.

6 bis 10 tüchtige Kesselschmiede (Stemmer)

finden bei hochm. Lohn dauernde Beschäftigung. Howaldtswerke, Kiel.

Ihren reinigen. 1,50, Federn einsehen. 1,50, Uhrgläser 1. Qual. 0,30. Aug. Büttner, Uhrmacher, Güststraße 32.

Ihre nur aus bestem Hopfen und Malz gebrannten Biere, Lager-, Tafel- und Münchener (nach Münchener Art gebraut), empfiehlt die Adler-Brauerei. Inh.: G. Teichgräber.

Gothaer Kongress-Protokoll.

Preis 30 Pfg. (Porto 10 Pfg.) Gebunden 50 Pfg. (Porto 20 Pfg.). Das nach topographischer Niederschrift hergestellte Protokoll ist durch Beifügung eines ausführlichen Sachregister zu einem praktischen Nachschlagewerk gestaltet worden. Jedes in den Berichten der Parteilisten und der Fraction erwähnte politische Ereigniß, jeder in den Kongreßdebatten berührte Gegenstand kann sofort ohne jede Mühe festgestellt werden, ebenso jeder der nach der Materie alphabetisch geordneten Anträge zum Parierstag, die Verhandlungen über die Francofrage, die Diskussion über die Arbeiterfrage, die lehrreiche Debatte über Kunst und Socialismus etc. weihen das diesjährige Protokoll inhaltlich zu den bedeutungsvollsten unserer Parteitagsprotokolle.

Frische Eier, 5 Stück 30 Pfg., ff. Schweizer Käse, Pfd. 60 Pfg., ff. Tilsiter Käse, Pfd. 40, 60, 70 Pfg. empfiehlt J. C. W. Bloss, J. F. D. Götke Nf. Stubberichmiedestraße 7.

Ein gut erhaltener Tischler-Ofen zu kaufen gesucht. Offerten mit St. an die Exped. d. Bl.

Oeffentliche Gewerkschafts-Versammlung

am Donnerstag den 26. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Hrn. C. Schlichting Ton-Halle. Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung der Haller Konferenz 2. Verschiedenes. Referent: Th. Bartels. Der Einberufer.

Einladung zum Stiftungsfest und Ball der Hafenarbeiter Lübecks am Donnerstag den 26. November im Lokale des Herrn Dürkop, Central-Hallen. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 4 Uhr Morgens. Entree 60 Pfennig. Musik vom Musiker-Gesellschaft. Hierzu ladet freundlichst ein Das Comité.

Kinder- Schürzen in reizenden neuen Facons, Stück von 20 Pfg. an, sind neu eingetroffen. Damen- Schürzen in schwarz, farbig, dunkel, hell, weiß, neueste Ausführungen, mit u. ohne Applik., sind in großer Auswahl vorrätig. Otto Albers Lübeck, Rohmarkt 13 Baarverkaufslokal für Manufacturwaren. Auction! am Donnerstag den 26. November, Nachmittags 2 1/2 Uhr, Schwartzauer-Chaussee 28 über: Mobilien, Bettstellen, Schmiede-Werkzeug, Stahlbalk, Messinggeschloß, Hausstandsgegenstände und vieles nicht Genannte mehr. J. C. B. Schmehl, Auktionator und Taxator.

Einladung zum Auspielen von fetten Gänsen und Rauchfleisch am Sonnabend den 28. November. Anfang Morgens 10 Uhr. Einfaß 50 Pfg. Kleine Ergebnisse C. Kaiser, Alsterstraße 23.

Hafen-Restaurant.

Auspielen von fetten Gänsen, Rauchfleisch u. Karpfen auf einem Tischbillard am Donnerstag den 26. November 1896 von Vormittags 10 bis Abends 10 1/2 Uhr. Einlage 50 Pfg. Hierzu ladet freundlichst ein H. Havemann, Hafenstraße 52.

Club Fidelitas.

Sonntag den 28. November: Gesellschafts-Abend in der Tivoli-Halle. Anfang 6 Uhr. Damen frei. Eingang Gewerkschaftssaal. Der Vorstand.

Circus Variété

Direction: Emil Naucke. Heute und folgende Tage: Die V. Jubel-Serie in ihren Glanzleistungen!! Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr. Freitag: Benefiz für Heinrich Kalberg. (Sämmtliche Billets haben Gültigkeit.)

Stadttheater in Lübeck.

Donnerstag den 26. November: Außer Abonnement. Anfang 7 Uhr. 1. Gastspiel der Schlierseer. Novität! Die Wildschützen. Oberbayerisches Charaktergemälde in 8 Bildern mit Gesang und Tanz von Arthur Müller. Preise der Plätze wie in voriger Spielzeit: 1. Rang Loge u. Balkon 4 Mt., 1. Parquet 3,50 Mt., 2. Rang Balkon und 2. Parquet 2,50 Mt., 2. Rang Loge 2 Mt.

Major von Schulze-Klosterfelde und der Kriegsminister von Gohler.

Bei der Brüßewig Debatte im Reichstage am Dienstag v. W. hat der Kriegsminister v. Gohler auch der Affäre des Majors v. Schulze-Klosterfelde Erwähnung gethan, jedoch, nach dem „Hamburger Echo“, in einer der Wahrheit widersprechenden Weise. Nach den vorliegenden Berichten sagte der Herr Kriegsminister:

„So wird in Hamburg ein älterer Offizier ohne jeden Grund und von einem Unbekannten von der Pferdebahn gerissen oder gestürzt. Er kann sich nur durch Zufall retten und verlangt von dem Betreffenden einfach eine Entschuldigung, wird aber höhnisch abgewiesen.“

Diese Darstellung des Falles Schulze-Klosterfelde steht mit der Wahrheit in direktem Widerspruch! Der Herr Kriegsminister ist also über den fraglichen Vorfall offenbar sehr schlecht unterrichtet worden.

Wir lassen hier die unwidersprochen gebliebene Darstellung des Falles durch einen einwandfreien Augenzeugen folgen, welche seinerzeit in dem „Freisinnigen“, „Fremdenblatt“ zugesandt wurde, weil dieses, genau wie die übrigen bürgerlichen Blätter, das Verfahren des Majors als „vollkommen korrekt“ bezeichnet hatte, während das Kriegsgericht bekanntlich diese Ansicht nicht theilte, sondern den Herrn Major zu zwei Monaten Festung verurtheilte. Der Augenzeuge des Vorfalles schreibt:

„Ich bestieg in der Nähe des „Lübschenbaums“ die Straßeneisenbahn und blieb auf dem Hinterron stehen. Als wir bei der Lindenstraße angekommen waren, stand der Offizier auf dem mit „Platz für den Schaffner“ bezeichneten Platz und ich stand dem Offizier direkt vis-à-vis mit der Treppe im Rücken. Der Wagen hielt bei der Lindenstraße an und aus dem Innern des Wagens trat ein Herr, um abzustiegen, und ersuchte den Offizier um Durchlaß, indem er sagte: „Bitte, hier ist der Ausgang.“ Der Offizier erwiderte: „Nein, hier ist der Ausgang“ und zeigte dabei vor sich. Ich, der ich dem Offizier gegenüber stand, lehnte mich ganz zurück, um so viel wie möglich Platz zu machen, doch war immer noch kein Durchgang vorhanden. Auf die verneinende Antwort des Offiziers sagte der Civilist: „Nein, hier muß ich durch!“ Und auf ein abermaliges „Nein“ des Offiziers faßte der Civilist diesen fest am Arm und schob ihn weg. Der Offizier trat auf den Tritt und dann auf die Straße. Als auch der Civilist auf die Straße getreten war, forderte der Offizier diesen mit den Worten: „Herr, wollen Sie um Verzeihung bitten?“ auf, sich zu entschuldigen. Der Civilist verneinte dies, und auf die zweite Aufforderung des Offiziers antwortete er: „Nein! Ich mußte ja doch aussteigen!“ Der Offizier rief nun: „Herr, wollen Sie um Verzeihung bitten? Zwingen Sie mich nicht zum Alleräußersten!“ Nach dem dritten Nein des Civilisten zog der Offizier den Degen heraus und schlug auf den Civilisten ein. Dieser, erheblich am Kopf, an der Hand und durch einen Stich zwischen die Rippen

verletzt, lehnte, als ich absprang, gegen den Wagen. Der Offizier forderte mich auf mit den Worten: „Sie sind mein Zeuge“, mit zur Wache zu kommen, wohin uns auch noch ein weiterer Zeuge folgte. Nachdem der Verletzte auf Anordnung des Offiziers zur Anlegung eines Verbandes auf die Sanitätswache befördert worden war, wurde zunächst der Offizier, hierauf der andere Zeuge und dann ich selbst verhört. Als ich in das Zimmer trat, wo das Verhör stattfand, rebete der Offizier mich mit den Worten an: „Sie haben gesehen, daß der Herr mich herunter geschubst hat.“ Ich erwiderte: „Nein, ich habe nur gesehen, daß er Sie geschoben hat.“ Ich habe dann meine Personalien zu Protokoll gegeben und wurde entlassen, ohne weiter über den Vorfall vernommen worden zu sein.“

Resapituliren wir kurz den Vorfall: Der Herr Major befehlt den Platz des Schaffners, den zu besetzen er kein Recht hat. Er versperrt dadurch den Ausgang und wird deshalb von einem Civilisten, der den Wagen verlassen will, höflich aufgefordert, Platz zu machen. Der Major weigert sich dessen in höchst unhöflicher und unberechtigter Weise und leistet auch einem zweiten höflichen Ersuchen keine Folge, sondern beharrt auf dem Platz, auf dem zu stehen er kein Recht hat. Was bleibt dem Civilisten, der den Wagen verlassen will, Anderes übrig, als den widerspenstigen Herrn Major zur Seite zu schieben?! Das geschieht. Und nun verläßt der Herr Major seinen Platz und besigt die edle Dreistigkeit, den Civilisten aufzufordern, ihn, den Herrn Major, um Verzeihung zu bitten! Das ist doch der Gipfel „edler“ Dreistigkeit. Als der Civilist auf dieses unerhörte Verlangen nicht eingiht, zieht der Major seinen Degen und schlägt und sticht auf den Civilisten ein!

Mit dieser wahrheitsgemäßen Darstellung vergleiche man nun die unwahre Darstellung des Falles durch den Kriegsminister v. Gohler. Der Herr Kriegsminister hat alle Verantwortung, künftig seine Informationen aus zuverlässigeren Quellen zu schöpfen, wenn er Anspruch auf Glaubwürdigkeit erheben will.

Der Fall Schulze-Klosterfelde unterscheidet sich kaum erheblich von dem Fall Brüßewig. Bebel hatte vollkommen Recht, als er den Herrn Kriegsminister darauf aufmerksam machte, daß das Kriegsgericht den Major v. Schulze-Klosterfelde zweifellos nicht zu zwei Monaten Festung verurtheilt haben würde, wenn der Vorfall sich in der vom Kriegsminister gegebenen Darstellung zugezogen hätte.

Soziales und Partei-Leben.

Quittung

über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 20. Oktbr. bis 20. November 1896 eingegangenen Gelder.

Quartalsbeiträge (4. Quartal 1896) Zentralverein der Gärtner 12.— Mk. Quartalsbeiträge (1. und 2. Quartal 1896) Verband der Schiffszimmerer 101,40. Quartalsbeiträge (3. Quartal 1896) Verband der Maler 184,05. Quartalsbeiträge (2. Quartal 1896) Verband der Brauer 232,35 Mark. Gastwirthschaftsgehülfen Dresdens 3.— Mark.

A. Rüste,

Hamburg-Eimsbüttel, Meißnerstraße 5, Haus 1

Luckenwalde. Der Bürgermeister Suchsland hat der Filiale des Textilarbeiter-Verbandes verboten, Frauen zu den Versammlungen hinzu zu ziehen, auch wenn die Versammlungen nur Vergnügungszwecken dienen. Aus einer Versammlung des Textilarbeiter-Verbandes mußten demgemäß die Frauen entfernt werden, andernfalls wäre sie aufgelöst worden. Der Bürgermeister begründet seine Maßnahme damit, daß die Luckenwalder Filiale sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftige, indem sie öffentliche Versammlungen abhalte, Institutionen des öffentlichen Rechts (wie die Gewerbegerichte) in den Kreis ihrer Erörterungen ziehe und sich von Personen, die keine Textilarbeiter sind, wohl aber als Sozialdemokraten eine Rolle spielen, Vorträge halten lasse. Diese Begründung athmet ganz den Geist, den man in den Maßnahmen des aus Sachsen herüber gekommenen Herrn Suchsland gewöhnt ist.

Alchen. In der Weberei Scheins und Reiß streifen 200 Weber.

Achtung, Former! Den mißlichen Verhältnissen halber, welche in der Eisengießerei von Herrn Häußler, Stuttgart, Neckarstraße, existiren, sind Differenzen ausgebrochen. Die Kollegen allerorts werden ersucht, dies zu berücksichtigen.

Aus Nah und Fern.

Berlin. Wegen Beleidigung der Staatsanwaltschaft in Breslau stand der Redakteur des „Vorwärts“ Jacoby, vor der Strafkammer. Unter Anklage gestellt waren drei Artikel, die sich mit der Beschlagnahme und Freigabe der bekannten Märznummer beschäftigen, die auf Veranlassung der Breslauer Staatsanwaltschaft wegen angeblicher Majestätsbeleidigung beschlagnahmt worden war. Diese Maßregel ist im Instanzenzuge aufgehoben worden. In den Artikeln des „Vorwärts“ wurde nun Beschwerde darüber geführt, daß über die Freigabe der beschlagnahmten Hellen erst 3 Wochen nach der eingetretenen Rechtskraft des freisprechenden Erkenntnisses die Berliner Polizei benachrichtigt habe, daß die Freigabe der beschlagnahmten Exemplare zu erfolgen habe, die Freigabe aber erst am 7. August erfolgt sei. Wodurch die Verzögerung entstanden sei, unterstehe, wie der Vorsitzende ausführte, nicht der Prüfung des Gerichtshofes, der bei dieser Sachlage dem Angeklagten an sich den Schutz des § 193 des St. G. B. zugebilligt habe. Der Gerichtshof habe weder im ersten noch im zweiten, wohl aber im dritten Artikel eine Beleidigung der Breslauer Staatsanwaltschaft gefunden. Dieser „werfe deutlich eine grobe Pflichtverletzung“ vor und da dem Angeklagten bei diesem Artikel nicht mehr der Schutz des § 193 zur Seite stehe, so habe ihn der Gerichtshof zu sechs Wochen Gefängniß verurtheilt.

Der aus dem hannoverschen Spielerprozeß bekannte Lieutenant v. Schierstädt, der mit schlichtem Abschied entlassen wurde, war vor etwa einem Jahre als Lieutenant der Reserve des 8. Ulanen-Regiments wieder angestellt und ist jetzt in die aktive Armee übernommen, indem er beim 17. Husaren-Regiment in Braunschweig angestellt ist. Er hat hierbei ein Patent vom März 1888 erhalten

Die Lüge.

Erzählung von Emil Rosenow.

(23. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Endlich kamen sie in das Arbeiterviertel und hatten bald die Straße erreicht, in welcher die Miethskaserne stand. Klara war immer langsamer gegangen, so daß Geride schließlich ärgerlich frug:

„Was ist Dir denn eigentlich, daß Du so zögerst?“

„Ich schäme mich vor den Hausleuten“, sagte sie leise.

„Ach, dummes Zeug!“ Aber dann kam dem Maler ein Gedanke. „Ist ja wahr, wir könnten mal in den „großen Schoppen“ gehen, ich habe noch eine paar G. oschen.“ Und als sie zögerte, fügte er hinzu: „Bloß ein bißchen wärmen will ich mich und einen Kaffee sollst Du trinken. Bei uns zu Hause ist's nicht schön — die kalte Stube, ein Strohsack, ein Tisch, ein Stuhl. Komm nur.“ Und er zog sie mit fort.

Es waren erst wenige Gäste in dem verräucherten Lokal, als der Maler Geride mit seiner Tochter eintat, denn die Uhr zeigte noch frühe Morgenstunden. Einige Rutscher und Ablader standen da, die im Vorbeigehen einen Schluck nahmen und an den Tischen saßen mehrere fragwürdige Gestalten. Sie wurden neugierig gemustert.

„Wen bringst Du denn da, Geride?“ fragte Jemand und schlug dann überrascht mit der flachen Hand aufs Knie. „Ach, das ist ja die kleine Geride! — Na, daß ich die nicht gekannt habe! Aber Mädels, also Du bist wieder 'raus?“

Klara sah plötzlich, wie sich Aller Blicke auf sie richteten, sie hörte Stimmen tuscheln: „Wer ist das?“ — „Na, Du kennst sie doch, die kleine Geride.“ Die übrigen Brüderchen ins Wasser geworfen hat. — Du

weißt doch, der große Prozeß. — Drei Jahre hat sie gekriegt —“.

Sie setzte sich neben den Vater an den Tisch. Im Nu hatten sich alle die Gäste in ihrer Nähe aufgepflanzt und musterten sie mit neugierigen Blicken. Der Sprecher von vorn, ein dicker Mann mit gutmüthigem Gesichtsausdruck, trat heran und meinte väterlich:

„Na Mädels, da freu' Dich, daß Du wieder 'raus bist, 's ist kein Spaß. Du warst ja auch damals noch ein unverständiges Kind — aber darum war's doch schlecht von Dir und die Strafe hast Du verdient. Was hast Du denn machen müssen —“.

Und nun sollte sie erzählen, wie es in dem Gefängniß aussehe, was sie habe arbeiten müssen, ob sie schwere Verbrecher gesehen habe. Klara vermochte darauf fast gar keine Antwort zu geben. Dieses aufdringliche, rüchlichtlose Mitleid drückte sie nieder, sie wäre am liebsten auf und davongelaufen, hätte sie nur gewußt wohin.

Die Männer unterhielten sich jetzt über die Mordthat und stritten sich über Einzelheiten, wobei der Dicke sich stets an Klara wandte: „Ist's nicht wahr, so war's?“ Geride hatte seiner Tochter eine Tasse Kaffee kommen lassen. Er selbst trank am Buffet ein großes Glas Schnaps und humpelte dann umher, um sich warm zu machen.

„Sie ist etwas dick und auch groß geworden, meinte Einer.

„Das sieht nur so aus, das kommt von der Kost“, meinte ein Anderer.

„Bist wohl schon dort gewesen?“ Und Alles lachte über den Wis.

„Laßt sie doch in Ruhe, zum Donnerwetter!“ schrie jetzt Geride. „Das Mädchen ist ja noch gar nicht einmal zu sich gekommen. Ich bin der Vater, ich werde sie schon bessern!“

„Du irrst ihr auch was Rechtes lernen“, höhnte

der Dicke, „da hätten sie das Mädels besser gleich dort behalten.“

Geride hatte schon wieder einen Schnaps getrunken und war muthig geworden. Er stellte sich kampflustig vor den Dicken hin und nun flogen die Schimpfworte hinüber und herüber. Der Värm wurde so groß, daß der Wirth sich ins Mittel legte.

Klara zitterte, sie war an diesen Värm nicht mehr gewöhnt und angstvoll sprang sie auf, um den Vater zu beruhigen.

„Vater — thu' es mir zu Liebe — sei doch ruhig. Komm', laß uns nach Hause gehen, Vater, ich bitte Dich darum.“

Der Dicke klatschte sich auf die Schenkel und lachte hell auf:

„Ha, ha, ha! — Die will er bessern! Die Range ist kaum 'runter und nimmt den Alten schon unter die Fuchtel!“

Da wurde Geride wüthend.

„Was willst denn Du?“ schrie er das Mädchen an. „Da bleibst Du sitzen! Am Ende willst Du mir gar Vorschriften machen? Ich will Dir gleich zeigen, daß ich Dein Vater bin — ich werde Dich 'mal aus der Ruß nehmen, wenn Du nicht parirst. Ich hab' es dem Direktor in die Hand versprochen, daß ich Dich bessern wollte!“

Woll Angst hatte sich Klara an ihren Platz gesetzt. Sie wagte kein Wort zu sagen, sie blickte nur mit großen Augen auf die erregten Männer, die fortzufahren, sich zu beschimpfen.

Wilhelm Rauchhaupt trat aus dem Gefängnißthore. Er hatte zu seinem Schrecken erfahren, daß Klara Geride vor einer Stunde von ihren Vater abgeholt worden sei. Der Gefängnißdirektor war ihm sehr entgegengekommen, als er den Zweck seines Besuches erfuhr, hatte aber nicht

und damit 1 1/2 Jahre gegenüber seinem früheren Dienst-
alter eingebüßt.

Des **Vatermordes** verdächtig ist in Greifswald der Student der Chemie Erich Claus verhaftet worden. Am Dienstag Abend wurde Kaufmann Claus todt gefunden. Freitag Vormittag ist der Sohn, der Stud. Chem. Erich Claus, verhaftet worden. Er ist an dem betreffenden Abend mit seinem Vater zusammen in Pothagen gewesen.

Die **Arbeiterfrau Malotti** in Bromberg, welche am 11. October auf den Arzt Dr. Angstem einen Anschlag dadurch ausgeführt hatte, daß sie ihm in ihrer Wohnung einen Topf heißen Chlorkalkwassers in's Gesicht goß, wurde zu 3 Jahren Gefängniß verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte 2 Jahre beantragt.

In **Danzig** wurde der Schuhmann Ferdinand Pöschmann, welcher ohne Grund bei einer Verhaftung einem Manne eine so heftige Ohrfeige gegeben hat, daß dem Geschlagenen das Trommelfell platzte, zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt.

Der **zwölfjährige Schüler** Nieger aus Leutmannsdorf, der den neunjährigen Knaben Gütler beim Kühehüten getödtet hat, wurde von der Strafkammer in Schweidnitz zu 7 Jahren Gefängniß verurtheilt.

Dresden. Familiendrama. In dem Hause Sedaustraße 2 hat sich am Todtensonntage ein furchtbares Familiendrama abgespielt. Dasselbst wohnte in dem dritten Stockwerke seit etwa 2 Jahren der im Anfang der 50er stehende Mehlgroßhändler Franz Uhlmann mit seiner Familie, bestehend aus seiner Frau, zwei Töchtern im Alter von 19 und 17 Jahren, und einem etwa 14jährigen Knaben, während ein älterer Sohn in Leipzig studirte. Da die Familie sich kein Dienstmädchen hielt, ist an den Feiertagen der Rutscher Uhlmann's, der für dessen Geschäft angestellt war, regelmäßig Vormittags nach der Wohnung gekommen, um einige hauswirthschaftliche Besorgungen zu machen. Als er sich jedoch am Sonntage in der ersten Stunde ebenfalls dajelbst empfand, ist ihm trotz wiederholten Läutens nicht geöffnet worden. Er ist daher unverrichteter Sache wieder fortgegangen, aber Nachmittags in der fünften Stunde wiedergekommen. Da seine Versuche, Eintritt in die Wohnung zu erlangen, abermals v.ergeblich waren, hat er hierauf von seinen Wahrnehmungen Anzeige auf der Polizeiwache gemacht, und nunmehr ist die Wohnung durch einen Schlosser geöffnet worden. Bei deren Betreten hat man zunächst niemanden von der Familie bemerken können. Auf dem Tische im Wohnzimmer haben Flaschen und Gläser mit Weinresten gestanden. Nach weiterem Suchen bot sich jedoch in der Küche ein entsetzlicher Anblick dar. Auf Betten liegend fand man die Leichen der sämtlichen Familienmitglieder, zweifellos getödtet durch Kohlenoxyd, die der angeheizten Kochmaschine, durch Abschließen der Klappe des Abzugsrohres entströmt waren. Nur der 14jährige Knabe, der dem Küchenfenster am nächsten gelegen hat, zeigte noch Lebensspuren. Er ist denn auch sofort durch die Wohlthätigkeitspolizei nach dem Stadtfrankenhaus überführt worden, doch ist nicht viel Hoffnung vorhanden, ihn am Leben zu erhalten. Wie aus vorgefundenen Briefen hervorgeht, hat die gesammte Familie in gegenseitiger Uebereinkunft freiwillig den Tod gesucht. Den älteren Sohn hat der Vater erst am Sonnabend telegraphisch von Leipzig hierher gerufen. Als Beweggrund für den furchterlichen Entschluß sind gänzlich zerrüttete Vermögensverhältnisse anzusehen. Die Familie Uhlmann erfreute sich eines guten Rufes. In letzter Zeit soll U. mehrfach Aeußerungen gethan haben, daß er sich das Leben nehmen werde.

Noch ein Debüt des Kriegsministers. Der neue Kriegsminister hat im Reichstage als Redner höchst unglücklich debüirt. Wie wird sein Debüt als Ankläger sein? Seinen ersten Strafantrag hat er gegen Benossen

mehr thun können, als ihm die Wohnung des Gerichte zu sagen.

Jetzt eilte Wilhelm rasch dahin, von dem Gedanken gepemigt, Clara werde schließlich gar nicht mehr aufzufinden sein.

Bald hatte er die Miethskajerne erreicht und stieg rasch die Treppen hinauf. Es kannte ihn Niemand mehr, denn die Familien, welche hier wohnten, wechselten rasch. Im vierten Stock wohnte von den alten Miethern nur noch Geride.

Die Leute konnten ihm auch keinen anderen Bescheid geben, als daß der Maler sehr früh fortgegangen und bis zur Stunde noch nicht wiedergekommen sei. Meistens bleibe er bis spät in die Nacht hinein aus.

Wismuthig kehrte Wilhelm wieder um und schlenderte langsam die Straße hinab, unchlüssig, was er beginnen sollte, um Clara aufzufinden. Sein Weg führte ihn an der Wirthschaft „Zum großen Schoppen“ vorbei. Unwillkürlich blieb er stehen und es fiel ihm ein, daß Geride in früheren Zeiten hier oft tagelang zu sitzen pflegte. Vielleicht verkehrte er auch jetzt noch in der Wirthschaft und man konnte ihm daher vielleicht einen Fingerzeig geben, wo sich der Maler heute befand.

Aus der Gaststube scholl Rauchhaupt ein Gewirr wäfler Stimmen entgegen, aber das hielt ihn nicht ab. Er öffnete die Thüre und blieb wie gebannt auf der Schwelle stehen, Freude und Schrecken zu gleicher Zeit empfindend.

Inmitten der Gaststube stand der Maler Geride und zankte sich noch immer mit den übrigen Gästen, die an den Tischen saßen und ihn verhöhnten und verspotteten. Allein an einem Tische bemerkte Wilhelm das gesuchte Mädchen, Clara Geride. Sie saß da, den Kopf in die

Hand gestützt, wie stumpfsinnig vor sich hinbrütend, ein elendes hülfloses Geschöpf. Sie war größer geworden und das Kindliche begann aus ihrer Gestalt zu verschwinden. Als Wilhelm sie so sah, wurde er von tiefstem Mitleide ergriffen und er zögerte, an sie heranzutreten.

Unwillkürlich war der Lärm verstummt und die Männer blickten den Eingetretenen an. Geride schien sich zu befinnen, woher er dies Gesicht eigentlich kenne, als plötzlich Clara mit einem Freudenschrei von ihrem Platz aufsprang.

„Herr Rauchhaupt — Vater, das ist Herr Rauchhaupt! O, ich weiß, Sie kommen wegen uns, Sie wollen mir helfen!“

Rauchhaupt hatte das Mädchen in seine Arme geschlossen. Er hatte sich Clara anders vorgestellt und war etwas erstaunt über die Veränderung, welche, und zwar nicht zu ihrem Schaden, an ihrem Aeußeren vorgegangen war.

Als Geride Rauchhaupt erkannte, wurde er verlegen. Er reichte ihm zögernd die Hand, blickte erst an seinem Anzuge herab, dann auf seine Umgebung und meinte dann schließlich:

„Wir haben Einen getrunken, Herr Rauchhaupt — sehen Sie, das ist nun 'mal nicht anders.“

Rauchhaupt hatte sich einen Schnitt Bier geben lassen und trank ihn stehend am Buffet. Dann zahlte er die ganze Zeche und hieß Vater und Tochter mitgehen.

Sie gingen über die Straße hinüber nach der Miethskajerne, gefolgt von den neugierigen Blicken der Männer, welche an dem Fenster des Schanzimmers standen.

(Fortsetzung folgt.)

Des Teufels Herberge. Aus Lothringen wird der „Frankf. Btg.“ von einer in neuester Zeit in dem Dorfe Harzweiler (Kreis Saarburg i. L.) geschehenen Teufelsausreibung berichtet. Ein Mädchen, das einen ihm von der „Dorfherge“ geschenkten Apfel gegessen hatte, soll in Folge dieses Genusses des Teufels Herberge geworden sein. Das Mädchen wurde nun in „geistliche“ Behandlung genommen, und bei nachtschlafender Zeit wurde durch 3 Geistliche der Exorcismus bewirkt. (!)

Hand gestützt, wie stumpfsinnig vor sich hinbrütend, ein elendes hülfloses Geschöpf. Sie war größer geworden und das Kindliche begann aus ihrer Gestalt zu verschwinden. Als Wilhelm sie so sah, wurde er von tiefstem Mitleide ergriffen und er zögerte, an sie heranzutreten.

Unwillkürlich war der Lärm verstummt und die Männer blickten den Eingetretenen an. Geride schien sich zu befinnen, woher er dies Gesicht eigentlich kenne, als plötzlich Clara mit einem Freudenschrei von ihrem Platz aufsprang.

„Herr Rauchhaupt — Vater, das ist Herr Rauchhaupt! O, ich weiß, Sie kommen wegen uns, Sie wollen mir helfen!“

Rauchhaupt hatte das Mädchen in seine Arme geschlossen. Er hatte sich Clara anders vorgestellt und war etwas erstaunt über die Veränderung, welche, und zwar nicht zu ihrem Schaden, an ihrem Aeußeren vorgegangen war.

Als Geride Rauchhaupt erkannte, wurde er verlegen. Er reichte ihm zögernd die Hand, blickte erst an seinem Anzuge herab, dann auf seine Umgebung und meinte dann schließlich:

„Wir haben Einen getrunken, Herr Rauchhaupt — sehen Sie, das ist nun 'mal nicht anders.“

Rauchhaupt hatte sich einen Schnitt Bier geben lassen und trank ihn stehend am Buffet. Dann zahlte er die ganze Zeche und hieß Vater und Tochter mitgehen.

Sie gingen über die Straße hinüber nach der Miethskajerne, gefolgt von den neugierigen Blicken der Männer, welche an dem Fenster des Schanzimmers standen.

(Fortsetzung folgt.)

Das Mädchen soll dadurch geheilt worden sein. Ein Arzt, der dasselbe untersucht hatte, war der Meinung, daß eine tüchtige Tracht Prügel zweifellos die gleiche heilsame Wirkung gehabt hätte. Daß das als Exze verurtheilte arme Weib kein angenehmes Leben im Dorfe hat, läßt sich denken. — So geschehen am Ende des „aufgeklärten“ 19 Jahrhunderts, ohne daß Seitens der geistlichen Oberbehörde gegen solchen Unfug eingeschritten worden wäre.

Standesamtliche Nachrichten

vom 15. bis 21. November 1896.

Geburten.

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.

- 9. November. Ladiker Philipp Heinrich Fahmeyer. 9. Töpfermeister Franz Johann Heinrich Gad. Fabrikarbeiter Carl Franz Neubauer. Arbeitermann August Otto Arnold. 12. Nieter Johann Heinrich Friedrich Krausch. Arbeitermann Johann Joachim Peter Müller. Arbeitermann Wilhelm Theodor Fritz Schöningh. 13. Haus- und Hypothekensammler Heinrich Carl Wilhelm Höppler. Schlossergeselle Theodor Friedrich Christian Dietmann. Arbeitermann Friedrich Friedrich Beed. Zimmergeselle Johann Adam Luther. Arbeitermann Ludwig Heinrich Wilhelm Döhnhoff. Arbeitermann Joachim Hans Heinrich Reetz. 14. Töpfergeselle Fritz Ludwig Theodor Christian Albert. Kanzlist des Hypothekensammlers Carl Joachim Andreas Struß. 15. Arbeitermann Friedrich Johann Heinrich Müller. Arbeitermann Johann Joachim Heinrich Käbler. Eisenbahnbremsler Johannes Heinrich Friedrich Bohnsack. 16. Briefträger Johann Joachim Friedrich Steffens. Arbeitermann George Urban. Brauergeselle Franz Ludwig Wöckler. Arbeitermann Heinrich Wilhelm Danielsen. 18. Kaufmann Johannes Heinrich Daniel Gobenbaum. Schlossergeselle Albin Emil Felsch. 19. Schenkwirth Alibert Hätsch. Kaufmann Joachim Hans Heinrich Wolf. Arbeitermann Friedrich Theodor Ferdinand Gläfle. 20. Arbeitermann Friedrich Johann Wilhelm Reitelshohn.

b) Mädchen. Namen und Beruf des Vaters

- 27. September. Schiffstoch Carl Georg Ludwig Körner. 11. November. Handlungsgehilfe Ludwig Hermann Heinrich Dierck. Maschinist Joseph Augustin. 12. Hüter Carl Heinrich Theodor Storm. 14. Arbeitermann Johann Heinrich Franz Jabs. Arbeitermann Peter Joachim Heinrich Eggert. 15. Arbeitermann Johann Carl Theodor Weinß. 19. Kauditorgehilfe Emil Max Hoffmann. Maschinist Gustav Hermann Scholz. Tapeziergehilfe Joachim August Carl Burmeister. 18. Arbeitermann Johann Josim Heinrich Pagel, Vorwerk. 20. Zimmergeselle Wilhelm August Scheel. Schmiedegeselle Ludwig Heinrich Gottfried Schulz.

Storbefälle.

- 14. November Louise Magdalena Margaretha geb. Westphal, Ehefrau des Halbhuftiers Helmuth Spiering, 60 J. 15. Ein todtgeb. Knabe, B.; Fuhrmann Heinrich Georg Hermann Löding. Ein Knabe, 1 T., B.; Töpfergeselle Fritz Ludwig Theodor Christian Albert. Luise Hinz, 1 M. Friedrich Johannes Heinrich Kröger, 2 M. Arbeitermann David Christoff Sperling, 74 J. 16. Johann Julius Carl Persche, 12 T. Willy Hans Georg Oldenburg, 1 J. Ein Knabe, 20 T., B.; Eisenbahn-Expeditions-Assistent Joachim Heinrich Wilhelm Stoofs. 17. Sophie Christine Catharine geb. Herz, Wittve des Arbeitmannes Dieberich Otto Schlichting, 84 J. Ein todtgeb. Knabe, B.; Töpfer Friedrich Carl Franz Krause. Müller Johann Wilhelm Eduard Kuppel, 69 J. Hüner Friedrich Heinrich Hein, 48 J. 18. Carl Georg Hermann Käbler, 10 M. Schmiedegeselle Peter Hansen, 33 J. Anna Catharina Magdalena Elisabeth geb. Voelcker, verw. Firs, Ehefrau des Schmieds Johann Anton Vogtmann, 67 J. 19. Martha Dorothea Johanna Knaack, 15 J. Fritz Martin Daniel Müller, 2 M. Willy Alfred Christoff, 2 M. 20. Catharina Maria Dorothea geb. Bohnsack, Wittve des Arbeitmannes Ernst Christ. Friedrich Reiter, 62 Jahr. Hans Friedrich Christoph Pape, 2 J. Martha Dorothea Caroline geb. Drögemüller, Ehefrau des Schreibers Peter Gottfried Heinrich Walter, 73 J. Adolfine Ida Dora Braack, 2 M. Anna Marie Svendsdotter, 62 J. 21. Marie Elisabeth Martha Kolbow, 2 M.

Ungeordnete Aufgebote.

- November 17. Maurergeselle Richard Christoph Hermann Dörbandt und Dorothea Christiana Johanna Mett Gärtner Alfred Hans Hermann Adolph Windemann zu Medow und Christiane Friederike Henriette Jennert. 18. Kellner Johannes Heinrich Hübenacker und Johanne Elise Henriette Dorothea Frigen. Arbeiter Heinrich Wilhelm Reklaff und Wilhelmine Waskulowski. Klempnergeselle Carl Hermann Strud und Bertha Marie Catharina Schmood. Arbeiter Johann Heinrich Timm und Elise Wilhelmine Dorothea Lau zu Othensdorf. 20. Mälergeselle Wilhelm Johannes Karl Joachim Käbler und Emma Friederike Emilie Bentzien zu Kensefeld. Arbeiter Adolph Nikolaus Fritz Ritzberg und Sophie Margaretha Elisabeth Koehl. Tischler Paul Carl Johannes Christian Hehnert und Emma Henriette Charlotte Albrecht. Rabbiner Dr. phil. Leopold Rosenal zu Bremen und Bella Carlebach. 21. Arbeiter Carl Christian Johann Schlichting und Dorothea Anna Maria Wulff zu Gneversdorf. Malergeselle Wilhelm Heinrich Christian Müller und Anna Maria Elisabeth Meyer. Profurist und Handelsabwollmächtiger Hans Carl Ludwig Wilhelm Busch zu Kopenhagen und Natalie Elisabeth Jda Johanna Hindelbeyn.

Eheschließungen.

- November 17. Gärtner Carl Friedrich Rudolph Knaack und Wilhelmine Bernhardine Joachime Doeschler zu Greven. Geschäfts- reisender Wilhelm Carl Heinrich August Hinz und Sophia Elisabeth Magdalena Caroline Korte. Arbeiter Joachim Heinrich Fischerhändler August Friedrich Baekler zu Hamburg und Bertha Sophie Caroline Appel. 19. Kellner Johann Heinrich Friedrich Denker und Metta Maria Heimjahn. Schauspieler Max Julius Ernst Köhler und Lubovica Wilhelmine, gen. Louise, Engels. 20. Profurist Friedrich Matthias Martens und Emma Mund. Straßenreinerer Friedrich Johann Carl August Wichmann und Anna Christina Wilhelmine Goch. Arbeiter Carl Johannes Heinrich Kelling und Johanna Margaretha Catharina Drogge. Klempner und Dachdecker Joachim Friedrich Otto Sellert und Louise Charlotte Dorothea Tonagel. Lagermeister Ludwig Wilhelm Theodor Käbis und Amanda Elise Johanna Dorothea Fied. Zimmergeselle Heinrich Wilhelm Ferdinand Steer zu Ahrensböck und Jta Johanna Henriette Rath. Arbeiter Heinrich Friedrich Carl Behrens und Wilhelmine Johanna Lisette Orth. Schlossergeselle Heinrich Jasper Torpedo-Oberbootsmannsmaat Wilhelm Georg Friedrich Laß und Juliane Magdalena Elisabeth Knaack, beide zu Kiel. 21. Schlossergeselle Adolf Friedrich Wilhelm Carl Döwig und Maria Sophia Christine Holdorf. Arbeiter Ferdinand Martin Heinrich Müller und Caroline Christine Helene Vernebeck. Nieter Johannes Heinrich Ernst Dechow und Louise Auguste Wilhelmine Johanna Elise Polkmann.